Nr. 27. Dienstag, den 2. Februar 1886. III. Jahrg.

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“ erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei in's Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 35 Pf. Postabonnement 4 Mark. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrirter Beilage 10 Pfg. (Eingetragen in der Postzeitungspreisliste für 1886 unter Nr. 769.)

Insertionsgebühr beträgt für die 4 gespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pfg. Arbeitsmarkt 10 Pfennige. Bei größeren Aufträgen hoher Rabatt nach Uebereinkunft. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaux, ohne Erhöhung des Preises, angenommen.

Redaktion: Beuthstraße 2. — Expedition: Zimmerstraße 44.

Vorwärts!

Eine uralte griechisch-egyptische Sage erzählt von dem heiligen Wundervogel Phönix, der nach Ablauf gewisser Zeiträume sich selbst verbrenne im eigenen Neste, dem er zuvor die Kraft seiner Verjüngung und Wiedergebärung mitgetheilt; aus den schmerzlichen Flammen, die seinen Körper zu Asche zerstörten, erhebe er sich dann in neuer jugendlicher Kraft und Schönheit, fliege in weite Fernen über Land und Meer, um abermals zu leben, zu altern, zu sterben und verjüngt aufzuerstehen, und so fort bis in alle Ewigkeit. Gewiß eine herrliche Versinnbildlichung der wechselnden Zeitabschnitte, — der Menschheit in ihrem Streben und Ringen nach immer höherer Vollkommenheit, ihrem Dulden in läuternder Widerwärtigkeit.

An diese Mythe werden wir erinnert, wenn wir unsere Blicke schweifen lassen über die weite, oft gekrümmte Bahn, die von der sich entwickelnden Menschheit durchmessen worden ist. Sie gewährt ein wunderbar ergreifendes Schauspiel, diese Revue der Todten; alle die verschwundenen Geschlechter auf deren Gräbern wir wandeln, ziehen in verschlungenen Zeichen vor unserm geistigen Auge vorüber und winken uns die Mahnung zu: „Machet es besser als wir! Tilget die Schulden der Menschheit! Bringet ihr die Versöhnung und Erlösung!“

„Versöhnung der Menschheit,“ — wie ein Evangelium tönt dieses Wort aus den vergangenen Zeitaltern zu uns herüber, doch leider wird es nur von Wenigen verstanden und von noch Wenigern geglaubt. Leben wir doch in einer Zeit, in der das Ringen feindlicher Kräfte einen so hohen Grad erreicht und einen so intensiven Charakter angenommen hat, wie in keiner vorhergehenden Epoche der Geschichte. Daß über diesem Ringen im unausgesetzten, aufreibenden Kampfe ums Dasein ein großer, wo nicht der größte Theil der Menschen unempfänglich wird für die gewaltigen Lehren der Geschichte, an der Zukunft verzweifelt und die hohe sittliche Idee der Versöhnung belächelt und bespöttelt als „Ausgeburt krankhafter Philanthropie“, — wer, der die Schwächen und Irrungen des unter der Herrschaft verkehrter Systeme stehenden menschlichen Geistes zu berücksichtigen weiß, könnte darüber sich wundern?! Es ist ja die alte Erbkrankheit des menschlichen Geschlechts: die Idee wurde stets nur dann gewürdigt, wenn sie sich der Praxis unterwarf. —

Wer aber möchte wohl ernstlich, bei gesundem Verstand und Herzen, leugnen, daß die Menschheit fortschreitet? Wer ist so blind und blöd, ihre eigene Entwickelung im Zivilisationszustande, nachdem sie der Wildheit und dem Barbarenthum entronnen, nicht zu sehen?! Eben so fest, wie die mathematischen Regeln, eben so fest und sicher stehen die Gesetze und Ordnungen des lebendigen Menschenwesens!

Lassen wir uns doch nicht täuschen und nicht stören im heiligen Vertrauen zum Fortschritt durch jene wissenschaftlichen Kretins, die mit der Miene der Allweisheit uns predigen, was wir uns längst an den Kinderschuhen abgelaufen haben: daß es zu allen Zeiten Unterdrücker und Unterdrückte gegeben; daß die Masse immer nur zum Beten und Anbeten, zum Dulden und Gehorchen dagewesen und daß alle Idealisten stets in der Praxis schmählich Schiffbruch gelitten hätten. Wir verstehen die Geschichte besser, als diese Pfuscher; wir wissen, gestützt auf die Erfahrungsthatsache, daß das tausendfältige Mißlingen dessen, das endlich doch werden soll, nur einen wohlbekannten Grundzug des Schaffens und Vernichtens in einer besondern Form darstellt. Wir wissen aber auch, daß alles Große in der Geschichte stets von Trägern einer Idee ausging, die weit über die seitherige Erfahrung hinausgriff. Wir wissen, daß auch das Ringen der Vorzeit nicht vergebens ist, und daß wir uns auch im schlimmsten Falle mit unserem Eifer für eine bessere Zukunft der Menschheit einer würdigen Reihe von Vorgängern anschließen und glücklichere Nachfolger haben werden. Wir wissen aber endlich auch, daß niemals, wie seit den Anfängen der Geschichte, die Gesammtheit der geistigen und materiellen Bedingungeu des Völkerlebens eine so große innere Umwandlung unter der schwachen Hülle der bestehenden Formen erlitten hat, als in den letzten hundert Jahren.

Wie könnte es dem geringsten Zweifel unterliegen, daß früher oder später diese Umwandlung der Geister sich auch ihr Recht in den Gestaltungen des Lebens erringen wird?! Unsere Zeit ist mehr als irgend eine bisherige dazu angethan, hohen Idealen Geltung im Leben zu verschaffen nach dem Worte Kant's: „Was in der Theorie richtig ist, das paßt alle Zeit auch für die Praxis!“ —

Man möge von „Thorheiten“ reden, das darf uns nicht abhalten, aus den seitherigen Resultaten der sozialen Daseins- und Interessenkämpfe logische Schlüsse auf die Zukunft zu ziehen. Die „Thorheit“ von heute ist vielleicht schon die Weisheit von morgen!

Ein Sokrates kam und stellte Lehren der sittlichen Denkart auf; seine Mitbürger verstanden ihn nicht, sie überlieferten den Denker dem Tode. Trotzdem drang die neue Denkart durch. Ein Christus kam und predigte die Gleichheit vor der Idee der Gottheit. Und diese Lehre hat eine Welt umgestaltet, trotzdem Verfolgung, Beleidigung und Verleumdung sich gegen sie erhob. Im 15. und 16. Jahrhundert trat eine Reihe von Denkern auf und lehrte die Gleichheit vor der Vernunft. Die Unvernünftigen nannten diese Lehre ein „Verbrechen“ und behandelten die Denker danach; aber die Gleichheit vor der Vernunft wurde zur Wahrheit. — Die Stürme der großen Revolution kamen und gebaren die Gleichheit vor dem Gesetz. Und hat nicht bereits unser Jahrhundert eine neue Gleichheit geboren, das allgemeine Wahlrecht, oder die Gleichheit vor dem Staate!?

Und sind sie auf Grund dieser Gleichheiten nicht alle gefallen, jene „erworbenen Rechte“, welche die Unterdrückung der Masse zum Gegenstande hatten? Ja, sie sind gefallen, diese Rechte, trotzdem an ihrer Spitze der Satz stand: „An diesen Rechten darf nicht gerüttelt werden!“ Alle Zeit wandelte das Recht des Stärkeren logisch die Wege der Selbstvernichtung.

Und jetzt sollte die Menschheit plötzlich für immer Halt machen auf diesem Wege? Jetzt sollte sie die Grenzen ihrer zivilisations-gesetzlichen Entwicklung erreicht haben? Nein! Mit immer größerer Energie bricht der Gedanke sich Bahn, daß alle die „Gleichheiten“ welche die Menschheit bis jetzt errungen hat, sinnlos wären und in sich selbst zusammenbrächen, wenn sie etwas anderes bedeuten könnten, als Etappen auf dem Wege zu einem Zustande, in welchem gleiche Existenzbedingung und -Berechtigung leitendes Prinzip ist, auf dem Wege zur ökonomischen Gleichheit.

Für eine Verewigung der herrschenden ökonomischen Zustände kann nur der eintreten, der die Gesetze der Zivilisation nicht kennt oder verkennt. Geistig blind muß sein, wer nicht gewahrt, daß der Begriff des erworbenen Rechts wieder einmal streitig geworden ist, und daß dieser Streit es ist, der das Herz der Gesellschaft durchzittert bis in seine innersten Tiefen.

Daß dieser Streit enden möge, der Kultur zu ewigem Lob und Preis, ohne Einmischung brutaler Gewalt, mit der Versöhnung der Macht und des Interesses einerseits und des Vernunftrechtes andererseits, das ist unser aufrichtiger Wunsch. Denn Macht und Interesse ohne Recht wäre ein Leben ohne Ideal, — das Recht ohne Macht und Interesse aber ein Ideal ohne Leben.

Das ewige Sterben und Wiederaufstehen des Phönix ist eine Sage, — der Läuterungsprozeß der Menschheit aber, ihr unablässiges Ringen nach höherer Kultur, Gesittung und Gerechtigkeit, das ist die ewig-lebendige Wahrheit, der Inbegriff ihres natürlichen Berufes. Im Lebensgeschick der Staaten ist es wie in der Natur, für die, nach dem sinnvollen Ausspruch Goethes, es im Bewegen und Wirken kein Bleiben giebt, denn: die Natur hat ihren Fluch gehängt an's Stillestehen.

„Vorwärts“ ist der Weltgeschichte ewiges Losungswort, das über den großen Ozean der Zellen von einem Gestade zum anderen schallt; wer's überhört, der ist gerichtet!

Feuilleton.

Dunkle Gestalten.

Erzählung aus dem sozialen Leben der Gegenwart

von

Karl Zielke.

(Nachdruck verboten.) [20

Die Frau erhob sich schwerfällig, kramte lange unter den tausend verstaubten Kleinigkeiten, die auf den Spinden umherlagen und brachte schließlich eine zerbrochene Flasche zum Vorschein, in welcher sich ein Rest einer zähen, schwarzen Flüssigkeit befand. Auch eine Feder und ein schmutziger Bogen Papier wurden vorgefunden.

„So,“ sagte der Direktor, indem er sich zum Schreiben fertig machte, „nun liegt es an Ihnen, Fräulein, ob Sie geneigt sind, Ihrem Glück die Hand zu bieten. Ich habe Ihnen Alles auseinander gesetzt. Nun warten Sie nur noch einen Augenblick!“

Martha hörte kaum was ihr der Mann erzählte. Die stumpfe Feder kratzte über das Papier, der Direktor las, nachdem er mit dem Schreiben fertig war, sein Schriftstück noch einmal aufmerksam durch, nahm einige Korrekturen vor und überreichte dann dasselbe dem jungen Mädchen.

„Lesen Sie selbst, Fräulein,“ sagte er, „damit Sie mir später nicht nachsagen können, ich hätte Sie einen Revers unterschreiben lassen, von dessen Inhalt Sie gar keine Kenntniß gehabt haben.“

Das junge Mädchen nahm das Schriftstück mechanisch an und warf einen flüchtigen Blick in dasselbe.

„Es ist gut,“ sagte sie, „ich verstehe das doch nicht, was Sie da niedergeschrieben haben. Außerdem wäre es mir ganz gleichgiltig, auch wenn es mein Todesurtheil wäre.“

„Ihre Unterschrift, wenn ich bitten darf,“ drängte der Direktor.

Sie setzte sich an den Tisch und schrieb mit flüchtiger Hand ihren Namen auf das Papier.

„Sehen Sie,“ sagte der Direktor freundlich, „das ist garnicht so schwer.“

Er faltete das Papier zusammen und steckte es dann in seine Rocktasche.

„Nun wäre das Geschäftliche geregelt,“ fuhr er fort, „jetzt können wir also in Ruhe den andern Theil der Sache besprechen. Sie werden heute Abend noch Ihren Bruder sehen, wenn Sie es wünschen.“

„Meinen Bruder, und wo befindet er sich?“ fragte Martha gespannt.

„Hier in meinem Hause, er befindet sich seit dem Tode Ihrer Tante unter meiner Obhut. Ich erhielt damals von Ihrem Vater die Weisung, den Jungen an mich zu nehmen, ich habe dafür gesorgt, daß er ein tüchtiger Akrobat geworden ist. Indessen die Sache hat sich ja nun geändert; nachdem der Zufall sein merkwürdiges Spiel so getrieben hat, daß auch Sie mit mir in Berührung kamen, halte ich es nicht mehr für nothwendig, daß Sie beide ein unstätes, ruheloses Leben führen. Sie können ebensogut die Annehmlichkeiten einer gesicherten Existenz genießen, wie Ihr anderer Bruder.“

„Ich habe noch einen Bruder?“ fragte Martha erstaunt.

„Ach so, ich vergaß gänzlich, hiervon mit Ihnen zu sprechen. Ihr Vater hat allerdings noch einen Sohn, der aus seiner rechtmäßigen Ehe stammt. Er ist einige Jahre älter als Sie.“

„Und wer ist denn nun eigentlich mein Vater?“

„Der Kommerzienrath Winkler, wenn Ihnen —“

Der Direktor konnte nicht vollenden. Mit einem lauten Aufschrei war Martha zu Boden gesunken.

„Donnerwetter,“ sagte der Direktor erschreckt, „ob Königin oder Bettlerin, die Weiber sind Alle schreckhafter Natur! Geh' Alte,“ rief er seiner Frau zu, „hole etwas Wasser, ich glaubte gar nicht, daß diese Leute auch Nerven haben.“

Bevor Mutter Weber noch mit dem Glase Wasser zurückkam, war Martha bereits wieder zu sich gekommen. Der Direktor hatte sie auch den Stuhl gehoben, er hielt sie fest, denn sie drohte jeden Augenblick wieder umzufallen. Der Kopf hing ihr schlaff auf die Brust hinab, sie hatte die Arme sinken lassen, es schien, als ob jede Lebensfähigkeit aus ihrem jugendlichen Körper entflohen wäre.

„Sie dürfen sich nicht so von der Freude übermannen lassen, Fräulein,“ sagte der Direktor zu ihr, „es ist ja allerdings ein unerwartetes Glück, das Sie betroffen hat, der Mensch muß aber im Glück wie im Unglück immer den Kopf oben behalten. Kommen Sie doch zu sich, Fräulein, hier, trinken Sie doch einmal einen Tropfen Wasser.“

Er hielt ihr das Glas vor, sie schien es jedoch gar nicht zu bemerken. Er schüttelte sie sanft, dann heftiger.

„Na, da hast Du was Schönes angerichtet,“ sagte die Frau ängstlich, „sie wird noch sterben. Dann haben wir die Bescheerung auf dem Halse!“

„Rede nicht solchen Unsinn, Weib,“ entgegnete der Direktor wüthend, „an der Freude ist noch kein Mensch gestorben. Das habe ich allerdings auch nicht gedacht, daß das solche Zuckerpuppe wäre. Fräulein Martha,“ rief er dem jungen Mädchen in's Ohr, „geben Sie mir doch wenigstens Antwort!“

Sie schlug die Augen auf und richtete sich dann empor.

„Julius Winkler ist mein Bruder, mein Geliebter,“ lachte sie plötzlich gellend auf, „mein Kind, mein armer, herziger, kleiner Junge, der draußen auf dem Armenkirchhof liegt, ist —“

Wieder lachte sie kreischend. Sie sprang plötzlich auf, umfaßte den Direktor und versuchte ihn in dem Zimmer umher zu ziehen.

„Komm', mein Schatz,“ schrie sie, „komm', wir wollen tanzen, fröhlich sein, es ist so schön hier, so frei!“

Dann stieß sie den Direktor wieder von sich, daß er weit zurücktaumelte. Sie schlug sich selbst mit beiden Händen in das Gesicht, dann warf sie sich auf den Erdboden und begann mit Händen und Füßen um sich zu schlagen.

„Halte sie fest,“ schrie Mutter Weber in tödtlicher Angst, „sie schlägt sich ja Alles entzwei, sie ist verrückt geworden. Ach, daß so etwas hier bei mir passiren muß!,

Wir wollen ihr folgen, dieser Losung, freudig und unermüdlich Tag für Tag und jede Stunde in unserem Denken, Fühlen und Handeln. Und Herold wollen wir sein, ein Herold der Zeitgeister; des heiligen Rechtes der Liebe und der Wahrheit immer rege Streiter. Und die Hoffnung wollen wir neu entzünden in den Herzen der Verzweifelnden und allezeit die Schlafenden zu wecken und die Träger anzuspornen, soll unser Ruf ertönen: „Vorwärts!"

Politische Uebersicht.

Also kein Handel mit dem Zentrum? Die offiziöse „Nordd. Allg. Ztg." bringt in ihrer Sonntagsnummer folgende Erklärung: „Der „Moniteur de Rome" schreibt, daß der Reichskanzler sich zu einer erweiterten Revision der Maigesetze entschlossen habe, um in der Frage des Branntwein-Monopols die Unterstützung des Zentrums sich zu sichern; beide, die Revision der Maigesetze und das Branntwein-Monopol, würden gleichzeitig in Berathung genommen werden. Wir sind in der Lage, diese Mittheilung des römischen Blattes als eine irrthümliche zu bezeichnen. Das Branntweinmonopol und die Revision der Kirchengesetze stehen in gar keinem Konnex zu einander. Ersteres gehört vor das Forum des Reichstags, die Revision der Maigesetze muß von dem Landtage berathen werden, und es liegt nicht in der Absicht der Regierung, beide Vorlagen in irgend welche Abhängigkeit von einander zu bringen. Sie wird weder die Konzessionen, die sie auf dem Gebiete der Maigesetze machen kann, den katholischen Unterthanen des Königs für Reichstagsvoten verkaufen, noch auch, um die Reichsfinanzen zu verbessern, irgendwelche unentbehrlichen Rechte preisgeben. Das, was sie glaubt auf kirchenpolitischem Gebiete nachgeben zu können, wird sie freiwillig geben und hätte es schon seit Jahren gegeben, wenn nicht die aggressive Haltung der Zentrumsfraktion stets derart gewesen wäre, daß man die Konzessionen der Regierung als Ergebniß der Bedrohung und Beschimpfung, welche die Regierungspolitik von dieser Seite her erfuhr, hätte auffassen können. Nicht nur ihre Würde, sondern auch das Staatsinteresse verbieten es der Regierung, dem Anschein Raum zu geben, als ob eine feindliche und drohende Haltung das Mittel wäre, um ihr Konzessionen abzuzwingen, die sie nicht freiwillig im Staatsinteresse gegeben haben würde." — Auffällig ist bei dieser Erklärung nur, daß sie erst jetzt, nachdem bereits die Haltung des Zentrums zu dem Monopol bekannt ist, erscheint.

Die Abstimmung, welche die Landtagsmehrheit „unter sich" in Sachen der Ausweisungsfrage beliebte, wird von der „Germania" folgendermaßen kritisirt: „Um ein solches Vertrauensvotum, das mit einer Vergewaltigung der Minorität des Abgeordnetenhauses und gegen die Geschäftsordnung des Parlaments zu Stande gekommen, ist die preußische Regierung recht zu beneiden. Die Ziffer 244 ist auch etwas mager, denn ihre Zahl beträgt 285, es fehlten also 41 Mann, während die Minorität bis auf zehn Abgeordnete an den Debatten Theil genommen hatte. Die Gouvernementalen gar haben allen Grund, unzufrieden mit sich selbst zu sein, da sie auf die Geldbewilligung festgenagelt sind."

Die Verlängerung des Sozialistengesetzes ist beim Bundesrath auf fünf Jahre beantragt.

Ueber die Verschuldung des Grundbesitzes in Preußen hat im Auftrage des Ministers der Landwirthschaft, Domänen und Forsten auf Antrag des Abgeordnetenhauses und des Landesökonomiekollegiums im Jahre 1883 eine eingehende Untersuchung stattgefunden. In 42 Amtsgerichtsbezirken des preußischen Staates sind die Grundbuchschulden des ländlichen Besitzes ermittelt. Das Ergebniß liegt in einem Gutachten des Statistikers Geheimen Rath August Meitzen vor. Im allgemeinen hat sich herausgestellt, daß die großen Güter mit 84,4, die Bauergüter mit 54,1, die bäuerlichen Stellen aber mit nur etwa 36,0 M. auf den Thaler Grundsteuer-Reinertrag mit Realschulden belastet sind, oder was dasselbe ist, daß die durchschnittliche Realverschuldung bei den zur Berechnung gezogenen großen Gütern das 28fache, bei den Bauerhöfen das 18fache und bei den bäuerlichen Stellen ungefähr das 12fache des Grundsteuer-Reinertrages beträgt. Da die Kaufpreise durchschnittlich das 63,3fache Grundsteuer-Reinertrages auswachen, nehmen die Schulden nur einen verhältnißmäßig kleinen Theil des durchschnittlichen Kauf- oder Beleihungswerthes in Anspruch. Meitzen kam danach bei seiner Arbeit zu dem Endergebniß, daß, soweit die 42 Amtsgerichtsbezirke in Betracht kommen, die beunruhigenden Zustände des bäuerlichen Grundbesitzes nur Einzelheiten und Ausnahmen sein können. — Die Ansichten des Herrn Meitzen bezüglich des kleinen Grundbesitzes scheinen uns denn doch etwas zu optimistisch zu sein.

Auf eine Huldigungs-Depesche der Nationalliberalen in Mannheim antwortet Fürst Bismarck mit einem Telegramm, welches bereits die jüngst im Abgeordnetenhause vorgetragenen Gedanken kurz variirt. Die Antwort lautet:

„Ew. Wohlgeboren und Ihren Parteigenossen danke ich verbindlichst für den telegraphischen Ausdruck Ihrer Zustimmung. Ich theile Ihr Bedauern, aber meine Hoffnung für unsere Zukunft beruht auf der Unmöglichkeit, daß die Entwickelung Deutschlands von einer Majorität, wie sie jetzt durch eine Koalition von sechs unter sich uneinigen Fraktionen gebildet wird, dauernd gehemmt werden könne. Wenn die verbündeten Regierungen und ihre Landtage fortfahren, die nationale Fahne hoch zu halten, so wird die Nation schließlich dafür sorgen, daß die Gesinnung ihrer Mehrheit auch in den Kundgebungen der Mehrheit des Reichstages den richtigen Ausdruck finde. v. Bismarck." — Demnach hofft der Reichskanzler von dem Wirken der Landtage einen großen Einfluß auf die Sinnesänderung des Reichstages. Ob diese Hoffnung eine zutreffende sein wird? Die Zukunft wird es lehren!

Daß die Schnapsbrenner unter den Landwirthen nur einen winzigen Bruchtheil bilden, beweisen folgende statistische Berechnungen: Es giebt 4 969 843 Landwirthe mit einem Besitzthum bis zu 20 Hektaren. Auf je 10 000 dieser Landwirthe kommen nur 8 Brenner. Der Prozentantheil der Brenner unter den Landwirthen von 20–50 Hektar beträgt nur 1/2 pCt., von 50—100 Hektar 1 1/2 pCt., von 100—200 Hektar 6 4/5 pCt., von 200—500 Hektar 10 pCt., von 500—1000 Hektar 22 9/10 pCt., von 1000 und mehr Hektar 35 1/2 pCt. zugleich Branntweinbrenner. Also auch hier sind es wenige Großgrundbesitzer, welche sich mit dem Reiche in den Gewinn aus dem Monopole theilen würden, während die immense Mehrheit der übrigen Landwirthe ganz oder fast leer ausginge und hunderttausende Gewerbetreibender, die sich jetzt mit der weiteren Verarbeitung des Rohspiritus, mit dem Kaufe und Verkaufe des Branntweins ernähren, ihrer gesicherten Existenz beraubt würden.

Zum Branntweinmonopol-Projekt. Wenn sich die Mittheilungen über die Haltung der süddeutschen Regierungen dem Antrage Preußens gegenüber als richtig erweisen, so ist an einer Annahme des Projekts im Bundesrath nicht mehr zu zweifeln. Um die Bedeutung der Ankündigung des Reichskanzlers in der Polendebatte, daß, im Falle der Reichstag das Monopol ablehnen sollte, eine Lizenzsteuer auf das Schankgewerbe überhaupt vorgeschlagen werden würde, klar zu stellen, ist von Interesse, zu erfahren, an welchen Gesichtspunkten die Regierung in Bezug auf die Spiritussteuer unbedingt festzuhalten entschlossen ist. Dem „Hamb. Korresp." schreibt man über die Auffassung in Regierungskreisen: „Die Fabrikatsteuer sei unannehmbar, weil sie eine Umwälzung in der Spiritus-Industrie, wie sie sich einmal unter der Maischraumsteuer entwickelt hat, hervorbringen müßte, welche noch viel bedenklicher wäre als der durch das Monopol bedingte Eingriff in die private Erwerbsthätigkeit und weil trotzdem nach den deutschen Verhältnissen ein finanzieller Ertrag von mehreren hundert Millionen kaum erwartet werden könnte. Der Branntwein habe da die größte Steuerfähigkeit, wo er in den Konsum übergehe, und wo sein Werth jetzt vielfach durch die Schänker um 500 bis 1000 pCt. gesteigert werde. Der Staat müsse daher den Ausschank mit Ausschluß der Gewinne des Zwischenhandels in die Hand bekommen, und er wäre dann unzweifelhaft am besten in der Lage, zugleich seine Pflichten gegen die durch die Branntweinpest gefährdete Gesundheit und Moral seiner Unterthanen durch Lieferung nur fuselfreien Schnapses und Einschränkung der Trinkstätten zu erfüllen. Diese Gründe seien auch ausschlaggebend gegen das Rohspiritus-Monopol. Der Plan, den Schnapskonsum durch eine Lizenzsteuer zu treffen, würde wegen der Gefahr, den Branntwein bis zu einem für die breiten Massen unerschwinglichen Preise zu vertheuern, den verlangten finanziellen Ertrag nicht liefern können. Daher müßte der Bier- und Weinausschank eventuell mit bluten."

Daß im Kamerungebiete ein Deutscher keine landwirthschaftlichen Arbeiten auf die Dauer verrichten kann, bestätigt jetzt auch ein Forstmann, Herr von Hammerstein, der einige Zeit dort war. Er entscheidet sich für den Plantagenbau, zu dem man die Eingeborenen durch gelinden Zwang anhalten könne. Also doch! Die Sklaverei soll eingeführt werden — zur höheren Ehre des Deutschen Reichs, des deutschen Namens!

Oesterreich-Ungarn.

Der deutsche Reichskanzler äußerte sich gelegentlich der Ausweisungsdebatten dahin, daß die Maßregeln gegen die Polen im Einverständniß mit den Nachbarmächten getroffen seien. Im ungarischen Reichstag wird nunmehr eine Interpellation eingebracht werden, um die ungarische Regierung zu einer Aeußerung zu veranlassen.

Frankreich.

Die „Republique française" rügt wieder, wie schon kürzlich einmal, die Ansammlung von adeligen Offizieren in gewissen Garnisonsstädten, die Mittelpunkte der Reaktion sind, und bringt dafür eine Reihe ziffermäßige Belege. So finden sich in den Garnisonen von Tours, Chambery, Evreux, Limoges, Compiègne und Fontainebleau in einzelnen Regimentern unter zirka 40 Offizieren durchschnittlich 15—25 adelige. Das Blatt hofft, der neue Kriegsminister werde diese Ansammlung künftig hindern.

— Die Minenarbeiter in Decazeville haben die Arbeit wieder aufgenommen, der Streik ist zu Ende. Die Arbeiter verzichteten auf Erhöhung des Lohnes und reduzirte Arbeitszeit, während die Administration die verlangte zweiwöchentliche Zahlung und mehrere andere nebensächliche Forderungen bewilligt hat. Nach zuverlässigen Meldungen der „Frankfurter Zeitung" soll die Hauptursache des Streiks nicht in der Lohnfrage, sondern in der Erbitterung kleiner dortiger Kaufleute zu suchen sein, welche durch den mit Hilfe des Watrin geschaffenen dortigen Konsumverein in ihren Interessen geschädigt worden sind. Der Konsumverein lieferte die Lebensmittel den Arbeitern zu billigerem Preise und deshalb suchten die Händler diese gegen die Minenverwaltung aufzureizen, indem sie ihnen vorspiegelten, dieselbe habe die Gründung des Konsumvereins nur begünstigt, um ihre Gewalt über die Arbeiter noch weiter auszudehnen. Fünf Männer und eine Frau wurden wegen der Erschlagung Watrin's verhaftet. Nach der Ansicht der Einwohner von Decazeville soll übrigens die Unbeliebtheit Watrins bei allen Arbeitern der Hauptgrund der Krawalls gewesen sein.

Im Amnestie-Ausschuß der französischen Deputirtenkammer erklärte Freycinet u. A. auch, daß eine Begnadigung Berezowski's, der im Jahre 1867 ein Attentat gegen den Zaren beging, zur Zeit unthunlich sei.

— Paul Bert's Gehalt als Generalresident von Annam und Tongking wird 150 000 Franken betragen. Eine recht anständige" Summe. Wenn die Herren gegen die niederen Beamten nur halb so nobel wären!

Spanien.

Der bei dem Putsch von Kartagena schwer verwundete General Fajardo ist seinen Wunden erlegen.

Großbritannien.

Bezüglich der neuesten Situation im vereinigten Königreiche äußert sich der konservative „Globe": „Der „eigentliche Sieger ist Mr. Parnell. Durch die Ausübung seiner parlamentarischen Macht in einem gelegenen Augenblick ist eine Regierung, welche das Reich mit seltener Fähigkeit und dem größten Erfolge (?) verwaltete, gestürzt worden. Durch sein Thun sind unsere Geschicke wiederum dem ehrgeizigen und Unheil anrichtenden Mann anvertraut, dessen Selbstvergötterung ihn unfähig macht, seine Untauglichkeit für die Aufgabe einzusehen (Gladstone). Das sind große Errungenschaften und Mr. Parnell hat jedes Recht, sich zu einem solch glänzenden Erfolge zu beglückwünschen. Er rechnet zweifellos darauf, daß er stets in der Lage sein werde, Mr. Gladstone seinem Willen unterthänig zu machen, indem er ihm droht, ihn aus dem Amte zu stoßen."

— Dem Kommandanten des englischen Mittelmeer-Geschwaders, Admiral Hay, ist der Befehl ertheilt worden, nöthigenfalls Gewalt gegen die Griechen anzuwenden, wenn dieselben die Türkei angreifen sollten.

Amerika.

Wie New-Yorker Journale berichten, erklärte O'Donovan Rossa den Befehl erhalten zu haben, seine Thätigkeit einzustellen, bis es augenscheinlich wird, daß das englische Parlament und die Regierung „ihre Krallen an die Gurgel Irlands zu halten gedenken." Er wünscht nicht, den Krieg zu erneuern, aber er wird es thun, wenn nicht etwas für Irland geschieht. Auch verkündet er die Entdeckung eines neuen Sprengstoffes von erstaunlicher Gewalt und bequemer Handhabung. Ferner sagt er, daß er vollauf mit Geld versehen sei.

— New-York, 28. Januar. Der „New York Herald" veröffentlicht ein Telegramm aus St. Paul, demzufolge in Minneapolis eine irische Pikenfabrik entdeckt worden sei. Es wird hinzugefügt, daß die Waffen im nordwestlichen Kanada im Falle einer Erhebung in Verwendung kommen dürften.

— Rio Janeiro (Brasilien), 27. Januar. Bei den jetzt im Lande stattfindenden Neuwahlen zum Parlament haben die Konservativen bis jetzt 83, die Liberalen 13 Sitze erhalten; von 29 Wahlkreisen sind die Ergebnisse noch nicht bekannt.

Afrika.

Aus Kairo meldet man, daß zwei Bataillone egyptischer Truppen Ordre erhielten, nach Suakin zu marschiren, wo die „Rebellen" wieder recht rührig zeigen. Der längst geglaubte Osman Digma soll wiederum mit einer organisirten Schaar im Vorrücken begriffen sein. Auch an anderen Orten wird berichtet, daß die Sudanesen zur Offensive übergehen. Die englischen „Siege" sind also weit her gewesen.

— Ueber den neuen Staat Upingtonia in Südafrika wird gemeldet, daß derselbe zwischen dem 18. und 20. Breitengrade und 15. und 20. Längegrade und in einer Entfernung von 200 Meilen von Walfisch-Bai gelegen ist. Der Boden wird als prächtig geschildert und eignet sich für den Anbau von Wolle, Weizen und Wein. Die Häuser sind bereits gebaut, und die Bodenkultur macht reißende Fortschritte.

Der Direktor hatte sich auf das junge Mädchen geworfen und versuchte sie zu umklammern. Nur mit der äußersten Kraftanstrengung gelang es ihm, die Arme Marthas festzuhalten, sie lachte unaufhörlich, dann schien es wieder, als ob ihr plötzlich die Kehle zugeschnürt wurde.

„Schnell hinauf," rief der Direktor seiner Frau zu, „der Klavierspieler soll zu einem Arzt laufen, die Mädchen können heute gehen."

Mutter Weber stampfte die Treppe hinauf. Jäh verstummte oben Klavierspiel und Gesang; während des schrecklichen Auftrittes unten hatte man oben ruhig weiter musizirt. Gleich darauf hörte man die Sängerinnen sich eilig entfernen und den Klavierspieler davonstürmen.

Inzwischen hatte der Direktor unten alle Mühe, das junge Mädchen vor Schaden zu bewahren. Er mußte schließlich noch seine Frau zu Hilfe rufen.

Glücklicher Weise hatte der Klavierspieler in der Nähe einen Arzt getroffen, er erschien mit demselben. Es war ein ältlicher Herr, der vorsichtig in das bereits dunkle Zimmer hineintappte. Er warf einen prüfenden Blick auf die Liegende, fühlte ihren Puls, dann schüttelte er bedenklich den Kopf.

„Schicken Sie sofort nach der Polizei," sagte er in der ruhigen gemessenen Weise, welche ältere Aerzte auszeichnet, „die Kranke muß sofort nach der Irrenabtheilung der Charitee überführt werden, sie ist tobsüchtig."

Der Klavierspieler eilte nach dem nächsten Polizei-Revier, der Arzt blieb noch, um einige Anordnungen zu treffen. Inzwischen trafen ein Paar Schutzleute ein, die den Thatbestand aufnahmen. Nach kaum einer halben Stunde rollte ein telegraphisch herbeigerufener Krankenwagen der Charitee in die dunkle Quergasse, es sammelten sich einige Neugierige, die das blasse, jetzt fast leblose Mädchen mitleidsvoll anstarrten, ein Schutzmann und der Direktor Weber, der für alle entstehenden Kosten gutgesagt hatte, stiegen mit ein und fort ging es in scharfem Trabe.

Es ging die glatten Asphaltstraßen entlang, auch bei dem glänzenden Café kam man vorbei, wo Martha noch vor wenigen Tagen ihren Bruder und Verführer abgewiesen hatte — sie sollte es nicht wiedersehen, sie war unheilbar geisteskrank.

Im Hause des Kommerzienraths Winkler war eine seltsame Veränderung vor sich gegangen. Niemand wußte, was eigentlich geschehen war, das aber ein Ereigniß von tief einschneidender Bedeutung vorgekommen war, das merkte ein Jeder.

Obwohl man ein Geheimniß mit der größten Sorgfalt zu hüten und zu bewahren bestrebt war, so war es doch dem letzten Laufburschen des großartigen Geschäfts bekannt geworden, daß der junge Herr unter Mitnahme einer bedeutenden Summe verschwunden war. Man raunte sich diese Thatsache in die Ohren, die Summe wurde durch das vielzüngige Gerücht noch bedeutend erhöht, Niemand, außer dem ersten Buchhalter des Geschäfts, bekam den Chef zu sehen oder zu sprechen.

Dieser wußte allerdings sehr genau, wo sein Sohn geblieben war. Er hatte von Hamburg einen Brief desselben erhalten, und in diesem Brief war das Schreiben der Frau Wilson enthalten, welches dem leichtsinnigen jungen Mann zufällig mit der einlaufenden Post in die Hände gefallen war. Er hatte kein Bedenken getragen, dasselbe zu unterschlagen, und aus feiger Furcht vor den Folgen seiner schmählichen Handlungsweise hatte er es vorgezogen, die Flucht zu ergreifen.

Mit herzlosen, höhnischen Worten hatte er seinem Vater angezeigt, daß er nach Amerika zu gehen beschlossen habe; er wünschte ihm viel Glück zu seiner Verbindung mit der Frau Wilson.

(Schluß folgt.)

Aus Kunst und Leben.

Die Premiere des „Zigeunerbaron" findet wieder alle jene Kräfte vereint, welche dem Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater schon manchen künstlerischen Sieg erfochten haben. Für die Titelrolle sind die Herren Steiner und Weidmann bestimmt, welch letzterer jedoch in der Premiere die einigermaßen zurücktretende Partie des Ottokar übernommen hat, um auch seinerseits zum Gelingen des Werkes beizutragen. In den weiblichen Hauptrollen, das Zigeunerkind (Saffi) hat Frl. Drucker inne, in den anderen größeren Partien sind Frl. Schmidt (Mizabella), Hanna Wrada (Artura Zsupau's Tochter), Frl. Stein (Czipra Saffi's Mutter) beschäftigt. Den Schwedenfürsten Zsupau spielt Herr Wellhof, den Grafen Homonay-Szika, den Sittenkommissar Conte Caruero Herr Steinberg. Dieselbe Sorgfalt, welche Herr Direktor Fritzsche der Besetzung der einzelnen Rollen und der von ihm geleiteten Inszenirung zugewendet hat — Chor und Orchester sind wesentlich verstärkt worden — erstreckt sich auch auf dekorative Ausstattung. Die stylvolle Pracht der Dekorationen bürgen uns die Namen Burghardt, Brioseki und Kautsky. Die Ausstattung selbst, so weit sie die im Stücke vorkommenden Szenerien und Zigeuner betrifft, direkt aus Pest bezogen und läßt an „Echtheit" nichts zu wünschen übrig. Kurz, es sind alle Vorbedingungen erfüllt, um dem „Zigeunerbaron" im Friedrich Wilhelmstädtischen Theater eine freundliche Aufnahme zu sichern.

Deutsches Theater. Für das Trauerspiel „Die Lombardischen Blanche" von L'Arronge hat Herr Philipp Scharwenka zu einigen Szenen der Handlung die eigens dazu gehörige Musik komponirt.

Alhambratheater. Herr Theodor Betz, der hier so vielfach gesehene Darsteller, erntete bei seinem Benefiz am Sonnabend reichen Beifall und viele Blumenspenden. Die Aufführung des Schauspiels „Die Brandstifter" gefiel sehr und fand total ausverkauftem Hause statt.

Belle-Alliance-Theater. Die Abschieds-Vorstellung des Herrn Direktor Lebrun am Sonntag gestaltete sich zu einem großartigen Triumph für den verdienten Künstler. Bei seinem ersten Auftreten jubelnd empfangen, im Verlauf der Darstellung bei jeder passenden Gelegenheit mit Beifall überschüttet, wollten am Schlusse derselben die Hervorrufe kein Ende nehmen. Prachtvolle Kränze mit Schleifen, die mit entsprechenden Widmungen versehen, wurden dem Meister der Darstellungskunst in großer Anzahl gespendet. Tief gerührt sprach Lebrun die Worte des Abschieds und der Vorhang senkte sich zum letzten Male.

Nr. 3 von „Mode und Haus", praktische illustrirte Frauenzeitung (John Schwerin's Verlag Aktien-Gesellschaft, Berlin, Abonnementspreis pro Quartal 1 M.) ist soeben erschienen. Die vielen geschmackvollen, praktischen Mode- und Handarbeitsmuster, Neuheiten einer interessanten, reich illustrirten belletristischen Beilage letztere bringt unter Anderem in einem Original-Holzstock das sprechend ähnliche Portrait und die Biogra-

Land ist seinen Eigenthümern in legaler Weise abgekauft worden und bis jetzt von Buren und Engländern bevölkert, welche den Antrag gestellt haben, unter die Herrschaft der Kap-Kolonie gestellt zu werden.

Parlamentarisches.

— Der nationalliberale Abg. Dr. Sattler hat in der Budgetkommission des Reichstages (zum Etat über den allgemeinen Pensionsfonds) folgenden Antrag eingebracht: „Dem Reichstage die Annahme folgender Resolution vorzuschlagen: Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, zu erwägen, ob und in welcher Weise unter gleichzeitiger Wahrung der berechtigten Interessen der Kommunen diejenigen Härten zu beseitigen sind, welche vielfach daraus entstehen, daß den pensionirten Offizieren und Militärpersonen der Unterklassen (Militäranwärter) nach Eintritt in den Zivildienst die Militärpension verkürzt wird und in vielen Fällen vollständig verloren geht, und daß ihnen bei späterer Pensionirung im Kommunaldienste die Militärdienstjahre nicht angerechnet werden."

— Die Reichstagskommission für den Antrag auf Einführung der polnischen Sprache im Gerichtsverfahren beschloß mit 10 gegen 3 Stimmen folgende Fassung des § 187 des Gerichtsverfassungsgesetzes: „Wird unter Betheiligung von Personen verhandelt, welche der deutschen Sprache nicht mächtig sind, so ist ein Dolmetscher zuzuziehen. Die Führung eines Niederprotokolls in der fremden Sprache findet nicht statt. Jedoch müssen, insoweit nach Vorschrift der Gesetze das Protokoll den Betheiligten vorzulesen oder zur Durchsicht vorzulegen ist, Anträge, Erklärungen und Aussagen in fremder Sprache auch in fremder Sprache in das Protokoll oder in einer Anlage niedergeschrieben werden. Dasselbe gilt von Parteieiden der der deutschen Sprache nicht Mächtigen und endlich, wenn der Angeklagte der deutschen Sprache nicht mächtig ist, von den dem Angeklagten aus den Schlußvorträgen bekannt zu machenden Anträgen der Staatsanwaltschaft und des Vertheidigers. In den dazu geeigneten Fällen soll dem Protokoll eine durch den Dolmetscher zu beglaubigende Uebersetzung beigefügt werden. Die Zuziehung eines Dolmetschers kann unterbleiben, wenn die betheiligten Personen sämmtlich der deutschen Sprache mächtig sind. Die oben vorgeschriebene Niederschrift wird in diesem Falle durch den Gerichtsschreiber bewirkt. Die obigen Vorschriften finden keine Anwendung, wenn ein zu der Niederschrift bestätigter Dolmetscher im Bezirk des Gerichts nicht vorhanden ist. Dieser Umstand muß im Protokoll festgestellt werden.

Kommunales.

w. **Ersatzwahlen zur Stadtverordneten-Versammlung.** Der Termin zur Ausführung der Ersatzwahlen für die verstorbenen Stadtverordneten Dr. Straßmann und Schulvorsteher Bohm im 27. beziehungsweise 39. Kommunalwahlbezirke ist auf Dienstag, den 23. Februar d. J., von Vormittags 9 bis Nachmittags 6 Uhr angesetzt war.

w. **Städtische Desinfektions-Anstalt.** Der Magistrat hat für die am 1. April cr. in der Reichenbergerstraße zu eröffnende Desinfektions-Anstalt einen vorläufigen Etat aufgestellt, und wird denselben der Stadtverordneten-Versammlung zur Genehmigung unterbreiten. Nach demselben ist eine Einnahme von 21 000 M. und eine Ausgabe von 34 400 M. angenommen worden. Es ist hierbei gerechnet worden, daß täglich durchschnittlich die Sachen von 12 Familien zur Desinfektion gelangen, und daß diese Sachen einen Rauminhalt von 24 Kubikmeter einnehmen, so daß pro Jahr bei 300 angenommenen Arbeitstagen 7200 Kubikmeter Sachen zur Desinfektion gelangen würden. In Bezug auf die Reinigung von Wohnräumen ist eine Desinfektion von durchschnittlich täglich 4 Krankenzimmern gegen Bezahlung und 8 Wohnungen armer Leute ohne Bezahlung vorgesehen. An Gebühren sind vorläufig festgesetzt für 1 Kubikmeter Sachen 3 M., für den Transport derselben 1 M., für Desinfektion eines Krankenzimmers resp. einer Wohnung von Stube, Kammer und Küche je 1,50 M.

Von der Armenverwaltung Berlins. Wie aus dem „Statistischen Jahrbuch der Stadt Berlin" (11. Jahrgang) ersichtlich, zeigt ein Vergleich der Ergebnisse der Armenverwaltung Berlins im Jahre 1883/84 mit den Verhältnissen vor 10¼ Jahren, daß, während die Zivilbevölkerungszahl um 35,8 pCt. gewachsen ist, die Zahl der Almosenempfänger sich um 79,1 pCt., der an diese gezahlte Betrag um 93,0 pCt., die Zahl der Pflegekinder 42,9 pCt., die der Pflegegelder um 95,4 pCt., die Zahl der Extraunterstützungen um 146,0 pCt., deren Betrag um 144,1 pCt. erhöht hatte. Rechnet man die Portionen bei den Extraunterstützungen, abzüglich der an 7054 (1873: 3757) Almosenempfänger und an 3406 (1873: 1979) Pflegegeldempfänger gezahlten, als Personen (was jedoch nicht zutrifft), so betrug die Zunahme der drei Kategorien in den letzten 10¼ Jahren 1[illegible] pCt. Das Verhältniß der Zahl der Unterstützten zur Zivilbevölkerungszahl stand bei den Almosenempfängern dem vor 10¼ Jahren gegenüber um 3,0 per Mille, bei den Pflegekindern um 1,8, bei den Extraunterstützungen um 12,0 per Mille der letzteren höher; der Jahresbeitrag der Kosten pro Kopf aber hatte sich bei den Almosenempfängern um 9,55 M., bei den Pflegekindern um 7,1 M. erhöht und bei den Extraunterstützungen pro Portion um 0,16 M. vermindert. Die regelmäßigen Almosenempfänger (ohne die Pflegekinder) machten 7,1 pCt., der in den Steuerlisten aufgeführten 196 697 Personen mit einem Einkommen unter 420 M. aus. Bei der Miethssteuer ist die Zahl aller wegen Armuth ganz Befreiten auf 17 394 angegeben, die der theilweise Befreiten, die nicht Almosen- oder Pflegegeldempfänger sind, auf 3333. — Als Ursache der Unterstützungsbedürftigkeit führt der Bericht der Armendirektion für 1883/84 an, in 7652 Fällen (50,22 pCt.) hohes Alter, in 4943 Fällen (32,44 pCt) andauernde Krankheit und Siechthum, in 2641 Fällen (17,34 pCt.) nicht zureichenden Erwerb. — Die Almosenempfänger erhalten für sich bezw. ihre Familien monatlich:

im Jahr	bis 3	bis 6	bis 9	bis 12	bis 15	bis 18	bis 21	bis 24	bis 27	bis 30	über 30 M.
	einschließlich										
1879	67	1968	2535	3095	3553	267	133	29	12	17	3
1880	79	2205	2865	3294	3691	865	145	41	17	18	3
1881/82	74	2351	2949	3620	3721	1066	194	65	17	16	6
1882/83	74	2497	3046	3820	3975	964	151	46	18	16	3
1883/84	63	2481	3084	4124	4183	1035	181	50	18	12	5

für Pflegekinder	bis 4 M.	4,50 M.	5 u. 5,50 M.	6 M.	7—10 M.	über 10 M.
1879	80	768	529	3821	343	58
1880	125	719	723	3979	416	66
1881/82	162	673	840	4300	446	49
1882/83	188	581	934	4580	430	44
1883/84	193	473	1024	4774	434	44

Von den regelmäßig Unterstützten standen im Alter:

	bis 20 Jahre	20/40	40/50	50/60	60/70	70/80	80/90	90 u. darüber
1879	25	622	1072	2555	4660	2943	488	14
1880	20	646	1176	2682	4966	3123	562	17
1881/82	30	696	1118	2552	5[illegible]02	3374	674	23
1882/83	40	767	1149	2687	5904	3368	679	16
1883/84	49	737	1134	2574	6323	3766	637	16

Die Männer waren nach ihrem bisherigen Beruf und Gewerbe: 1879: 21 Beamte Lehrer, 15 Gelehrte. Künstler, 101 Handeltreibende, 2786 gewerbliche Handwerker, 67 Dienstboten, Handarbeiter, überhaupt 2990; 1880: 16 Beamte, Lehrer, 12 Gelehrte, Künstler, 128 Handeltreibende, 2954 gewerbliche Handwerker, 121 Dienstboten, Handarbeiter, überhaupt 3231; 1881/82: 40 Beamte, Lehrer, 12 Gelehrte, Künstler, 127 Handeltreibende, 2687 gewerbliche Handwerker, 660 Dienstboten, Handarbeiter, überhaupt 3526; 1882/83: 24 Beamte, Lehrer, 22 Gelehrte, Künstler, 152 Handeltreibende, 2021 gewerbliche Handwerker, 1387 Dienstboten, Handarbeiter, überhaupt 3606; 1883/84: 19 Beamte, Lehrer, 19 Gelehrte, Künstler, 119 Handeltreibende, 2106 gewerbliche Handwerker, 1503 Dienstboten, Handarbeiter, überhaupt 3766.

Die unterstützten Frauen waren nach dem Familienstande: 1879: 103 Ehefrauen, 428 Geschiedene, 7641 Wittwen, 1217 Unverehelichte, überhaupt 9389; 1880: 144 Ehefrauen, 474 Geschiedene, 8076 Wittwen, 1269 Unverehelichte, überhaupt 9963; 1881/82: 142 Ehefrauen, 470 Geschiedene, 8490 Wittwen, 1351 Unverehelichte, überhaupt 10 553; 1882/83: 134 Ehefrauen, 707 Geschiedene, 8800 Wittwen, 1525 Unverehelichte, 29 ohne Angehörige, überhaupt 11 470.

w. **Die Einnahmen der Großen Berliner Pferde-Eisenbahn-Aktien-Gesellschaft** für das Jahr 1885 aus dem Personenverkehr belaufen sich nach dem vorläufigen Abschlusse der Gesellschaft auf 9 391 774,76 M. Von dieser Summe hat die Gesellschaft vertragsmäßig eine Abgabe von 6 pCt. an die Stadtgemeinde zu zahlen, so daß letztere 563 506,49 M. für das verflossene Rechnungsjahr erhält. — Leider viel zu wenig.

Lokales.

ar. **Bei der Einführung der Kanalisation** wurde der Gedanke vielfach erwogen und besprochen, ob es nicht zweckmäßig wäre, wenn die Kommune, wie in anderen großen Städten, die tägliche Abfuhr des Mülls gegen Entschädigung von Seiten der Hausbesitzer übernehmen würde. Dieser Vorschlag kam nicht zur Ausführung, doch wurden aus gesundheitlichen Rücksichten auf Veranlassung der Polizeibehörde die Müllgruben beseitigt und eiserne Kästen angelegt. Die Größe derselben war indeß nur auf einen Tag berechnet, da die Privatunternehmer sich verpflichteten, die Abfuhr des Mülls täglich zu besorgen. Die Polizeibehörde schreitet nun zwar streng ein, so wie an den Kästen auch nur eine kleine Oeffnung sichtbar ist, oft kommt es jedoch vor, daß die Abfuhr nur alle 3—4 Tage erfolgt, so daß das Müll in gesundheitschädlicher Menge sich ansammelt und wegen des kleinen Umfanges der Kästen frei auf dem Hofe herumliegt. Es liegt auf der Hand, daß unter diesen Umständen die im Interesse der Gesundheit getroffene Einrichtung vollständig nutzlos wird. Daher ist es dringend geboten, daß nach dieser Richtung eine strengere Kontrole eintritt.

r. **Die Wohnungsverhältnisse unserer Stadt** zeigen augenblicklich ein für die Miether wenig befriedigendes Bild. Die weitere Ausdehnung des Gebäude-Komplexes macht sich fast ausschließlich nach Westen hin bemerkbar. Alles, was Berlin gegenwärtig an leeren Wohnungen aufzuweisen hat, befindet sich in den Neubauten jener Stadtgegend und die Art, wie die Herstellung der Wohngebäude dort betrieben wird, beginnt bereits, den Technikern ernstlich Kopfzerbrechen zu verursachen. Bei dem hohen Preise der Baustellen ist man genöthigt, das sogenannte Hinterland möglichst auszunutzen; so entstehen Wohngebäude mit geringer Straßenfront und sehr tiefen Höfen und in Folge davon Wohnungen mit zahlreichen Gemächern, von denen aber nur ein, höchstens zwei Zimmer nach der Straße zu belegen sind. Daß diese Verhältnisse sich früher oder später zum Nachtheil der Besitzer geltend machen werden und nur durch die augenblickliche, sehr schwunghafte Spekulation erzeugt werden konnten, liegt auf der Hand. Im Gegensatz hierzu liegt das Baugeschäft im Osten der Stadt fast ganz darnieder und die Besitzer haben zu Neujahr für sämmtliche kleinen Wohnungen, soweit ihnen die bestehenden Kontrakte dazu die Möglichkeit gaben, Miethssteigerungen vorgenommen, die von den Miethern, bei der Aussichtslosigkeit auf billigere Miethen, fast ohne Ausnahme geduldet werden mußten. Hier im Osten dürfte sich der Wohnungsmangel am ersten und empfindlichsten fühlbar machen, namentlich nach Fertigstellung des neuen Polizei-Präsidial-Gebäudes, welches voraussichtlich zahlreiche Beamte der betreffenden Behörde veranlassen wird, in jener Gegend Wohnung zu suchen. Es verdient deshalb wohl die Baulust auf diese in Bezug auf Verkehrsgelegenheiten und andere Vortheile für Neubauten keineswegs vernachlässigte Stadtgegend hingewiesen zu werden.

r. **O du himmelblauer See!** kennst nicht mein Herzeleid, stillst nicht das Weh! Der Alte mit dem Stelzfuß und dem Leierkasten, der öfter die Höfe am Kottbuser Thor heimsucht, sang es mit tiefer Empfindung, indem er mit der linken Hand das Blatt hielt, von dem er durch die auf dem äußersten Punkt seiner Nasenspitze balancirenden Brille den Text ablas, während die Rechte die musikalische Kurbel in Bewegung erhielt. Mitten „mang den Versch" trat ein junger Mensch an den Kasten und stimmte mit klangvollem Organ in den himmelblauen See ein. Bald darauf sammelten sich auch mehrere Neugierige in der Hofthür, darunter ein Schuhmacher mit aufgekrämpten Aermeln, den man eifrig mit den andern sprechen sah. Als der himmelblaue See zu Ende war, fragte der Aufgekrämpte den Stelzfuß, ob der junge Mann zu ihm gehöre, was der Alte nach einem prüfenden Blick über seine Brille hinweg entschieden verneinte. Sofort ergriffen die beiden aufgekrämpten Arme den jungen Menschen, der bei dem Schuhmacher soeben einen Diebstahl an einem Paar Stiefeln versucht hatte, und als dieser mißglückte, mit vieler Geistesgegenwart seine Zuflucht zu dem himmelblauen See nahm. Mit dem üblichen Halloh ging es zur Wache, und der letzte Ort des Schauspiels dürfte sich in der bekannten Gegend am himmelblauen Plötzensee abspielen, der freilich auch weder das Herzeleid noch das Weh des Betroffenen stillen wird.

Großer Jubel herrscht unter den Mitgliedern des Musikchors des Walhalla-Operetten-Theaters. Sechszehn derselben spielten nämlich ein Loos der preußischen Klassen-Lotterie, welches vorgestern mit einem Gewinn von 6000 M. gezogen worden ist. Man kann sich denken, daß die Glücklichen nun mit noch einmal so fröhlicher Laune ihre Musikinstrumente hantiren.

be. **Ausweisung.** Der Buchbinder Konstantin Janiszewski, Kandidat der sozialdemokratischen Partei bei den Reichstagswahlen 1884 für Posen, ist von der Regierung in Potsdam aus Lichtenberg, Friedrichsberg 2c. ausgewiesen worden. Die Verfügung hat folgenden Wortlaut: Potsdam, den 14. Januar 1886. Ausweislich der mir vorliegenden Akten sind Sie durch Erkenntniß des königlichen Landgerichts I zu Posen vom 20. Februar 1882 wegen eines Vergehens gegen die öffentliche Ordnung in drei Fällen, Abhaltung einer Versammlung unter freiem Himmel ohne polizeiliche Erlaubniß, Majestätsbeleidigung und Bedrohung mit einem Verbrechen (Prozeß Mendelssohn) mit zwei Jahren drei Monaten Gefängniß bestraft und daher eine für die öffentliche Sicherheit gefährliche Person. Es wird Ihnen deshalb auf Grund des § 2, Nr. 2 des Gesetzes über die Aufnahme von anziehenden Personen vom 31. Dezember 1842 und des § 3 des Gesetzes über die Freizügigkeit vom 1. November 1867 der Aufenthalt in Lichtenberg von Landespolizeiwegen untersagt. Für den Fall Ihrer Niederlassung in einer der folgenden um Berlin belegenen Ortschaften Friedrichsberg, Boxhagen-Rummelsburg, Stralau, Weißensee, Rixdorf u. s. w. haben Sie Ihre Ausweisung von dort ebenfalls zu gewärtigen. Ich fordere Sie in Folge dessen auf, Lichtenberg sofort und spätestens innerhalb acht Tagen zu verlassen, widrigenfalls Sie die Festsetzung einer Geldstrafe von 50 M., an deren Stelle im Unvermögensfalle eine Haft von 10 Tagen tritt, zu erwarten haben. Der Regierungspräsident. — Herr Janiszewski hat sich, wie wir hören, beschwerdeführend an den Minister des Innern gewendet. Auf Grund derselben Be-

---

des unglücklichen Dichters Albert Lindner — und einer von dem Herausgeber der bewährten Unterrichtsbriefe für praktische Zuschneidekunst, H. Suhr, gezeichneten und redigirten Schnittmuster-Beilage erschienen. Aus einer redaktionellen Ankündigung in der dem „Meinungsaustausch" der Abonnenten gewidmeten Rubrik ersehen wir, daß, zufolge der wachsenden Auflage der Zeitschrift, eine weitere Bereicherung derselben möglich geworden ist, indem in diesem Quartal noch ein zweiter Schnittmusterbogen und in dem kommenden deren drei den Lesern von „Mode und Haus" ohne Preiserhöhung zur Verfügung gestellt werden. Der dem Haus- und Erziehungswesen gewidmete Theil von „Mode und Haus" enthält wiederum den praktischen Erfahrungen entlehnte lehrreiche und unterhaltende Aufsätze. Der sachkundige Modebrief von der Redaktrice des Blattes, Frau Emmy Heine, der bekannten Herausgeberin der praktischen Lehrbücher für Handarbeiten, verfaßt, hat durch seinen feuilletonistischen Styl doppelten Werth.

Ein erbauliches Spiritistenstücklein wird in dem englischen Blatte „Light" mitgetheilt. Ein Gentleman, Namens Mr. Holland, aus Lincoln (Nebraska) erklärt, eine Erfindung gemacht zu haben, durch welche er streng wissenschaftlicherweise das Vorhandensein der Seele nachzuweisen vermöge. Mr. Holland ist ein Mann von kleiner Statur, mit gedankenvollem Gesicht und ein demüthiger Christ. Er hält die Lehre, daß die menschliche Seele der Widerpart des Körpers sei, aufrecht. Mr. Holland kam nun zum Beweise dieser Lehre, auf den Gedanken, daß es möglich wäre, durch eine geeignete Zusammenstellung mehrerer Mikroskope die Seele auch dem stumpfen Auge sichtbar erscheinen zu lassen. Seine Aufmerksamkeit richtete sich in erster Linie, wie er erzählt, der Frage zu, als er einen Mann über heftige Schmerzen im Fuße klagen hörte, trotzdem demselben das betreffende Glied bis über das Knie amputirt worden war. „Jahre hindurch," so erzählt Mr. Holland, „war dieser Vorfall in meinem Geiste lebendig geblieben, bis ich mich entschloß, ein Experiment über die Erscheinung anzustellen. Ich verschaffte mir die allerkräftigsten Linsen, die ich mir zu beschaffen vermochte und fügte noch eine Verbesserung nach meiner eigenen Erfindung bei. Als ich nun mein Licht auf das Vollkommenste arrangirt hatte, so daß ich die Mikroben in der Luft zu unterscheiden vermochte, berief ich einen Freund, welcher seinen Arm verloren hatte und erklärte ihm, daß ich seine unsichtbare Hand einer Untersuchung unterziehen wolle. Er begleitete mich in meine Räume, und in dem Moment, als ich meine Gläser herrichtete, überkam mich eine Offenbarung: die zweite Hand lag zwischen meinen Gläsern. Nun forderte ich ihn auf, Buchstaben mit den (ihn selbst) unsichtbaren Fingern zu malen. Er that so, und zu meinem Erstaunen konnte ich den Sinn dessen entziffern, was er geschrieben. Das Experiment war für mich von entscheidender Beweiskraft," so schließt Mr. Holland seinen Bericht. Und, fügen wir hinzu, die Dummen werden nie alle.

Die größten Brücken der Welt. Rastlos ist der menschliche Geist bestrebt, alle Hindernisse zu überwinden, welche die Natur seinem immer wachsenden Bedürfniß nach Verkehr entgegensetzt. Davon legen namentlich die großartigen Bauten Zeugniß ab, welche Flüsse und Meeresbuchten überbrücken, um dem keuchenden Dampfroß sowie dem Wagen- und Personenverkehr immer neue bequeme Verbindungen zu bieten. Die nachstehende Uebersicht enthält die 45 größten Bauwerke dieser Art, nach ihrer Länge geordnet. Es sind dies: die Eisenbahnbrücke zu Venedig 3603 m, die Eisenbahnbrücke über den Tay (England) 3155 m, die Brücke zu Montreal über den St. Lorenzstrom 2637 m, die Brücke zu Parkersburg (Vereinigte Staaten) 2147 m, die Brücke zu St. Louis über den Missouri 1993 m, die Brücke zu Brooklyn über den East River 1826 m, die Brücke bei Louisville über den Ohio 1625 m, die Brücke zu Rapperswyl über den Zürcher See 1600 m, die Brücke über den Forth (England) 1500 m, die Brücke zu Philadelphia über den Delaware 1500 m, die Viktoriabrücke über den St. Lorenz 1500 m, die Brücke zu Syöran über die Wolga 1484 m, die Moerdyckbrücke in Holland 1478 m, die Brücke zu Jekaterinoslaw über den Dniepr 1264 m, die Brücke über den Pongabuda (Ostindien) 1130 m, die Brücke zu Kiew über den Dniepr 1081 m, die Brücke an der Spitze des Nidelta 1006 m, die Kronprinz-Rudolfbrücke zu Wien ca. 980 m, die Brücke zu Krementschoug über den Dniepr 975 m, die Brücke zu Quincy über den Mississippi 972 m, die Brücke zu Bommel über die Meuse (Holland) 918 m, die Brücke zu Bismarck über den Missouri 910 m, die beiden Brücken zu Rotterdam über die Meuse ca. 850 m, die Brücke zu Ohama über den Missouri 850 m, die Dirschauer Brücke über die Weichsel 837 m, die Eisenbahnbrücke von Nogent-sur-Marne (Frankreich) ca. 800 m, die Brücke über den Mississippi in Illinois 776 m, die Brücke über den Mississippi zu St. Louis 772 m, die Brücke über die Donau zu Stadlau 769 m, die Brücke zu Mezzano-Corti über den Po 758 m, die Indre-Eisenbahnbrücke (Frankreich) 752 m, die Heiligegeist-Brücke über die Rhone 738 m, die Brücke zu Culemborg (Holland) über den Rhein 704 m, die Brücke zu Cincinnati über den Ohio 670 m, die Gölitzschthalbrücke (Deutschland) 642 m, die Brücke zu Saltash über den Tamar 635 m, die Eisenbahnbrücke von Chaumont über das Suizethal (Frankreich) 600 m, die Brücke zu Garabit Truyère (Frankreich) 564 m, die Brücke über die Meerenge von Menai (England) 557 m, die Brücke zu Cubyac über die Dordogne (Frankreich) 545 m, die Brücke zu Duduque über den Mississippi 533 m, die Eisenbahnbrücke der Durance (Frankreich) 533 m, die Brücke über den Gorai (Indien) 529 m, die Brücke zu Warschau über die Weichsel 508 m, die Eisenbrücke zu Bordeaux 501 m.

Folgende rührende Geschichte weiß das „Frkf. Int. Bl." zu erzählen: Eine kleine Schülerin einer höheren Lehranstalt wollte ihrem Vater zum Geburtstag eine unverhoffte Freude bereiten und übte heimlich den Festmarsch aus dem „Propheten" ein. Der Geburtstag kam, aber die kleine Klavierspielerin lag krank im Bett. Es that ihr im Herzen weh, dem geliebten Vater die zugedachte Freude nicht bereiten zu sollen; leise stand sie aus ihrem Bette auf, kleidete sich halb an, und während die Eltern beim Mittagsmahl saßen, schlich sie in das sogenannte gute Zimmer und intonirte den Marsch. Die Eltern eilten herzu, der Vater lauschte entzückt den Tönen, beim letzten Takt schloß er sein Kind in die Arme, drückte es ans Herz, und als er es auf den Stuhl zurücksetzte, that es einen Seufzer — ein Herzschlag hatte seinem jungen Leben ein Ende gemacht.

Spleen. Man schreibt aus Paris: „In der großen Oper erregten vor einigen Tagen zwei Engländer allgemeines Mißfallen, welche während des Zwischenaktes auf ihren Zylindern eine Partie Whist spielten. Ja selbst als der Vorhang aufgezogen war, setzten sie das Spiel fort, bis die letzte Karte gefallen. Da die Herren den Aufforderungen der Nachbarn und selbst dem Einschreiten der Polizei keine Folge leisteten, brachte man sie auf die Präfektur. Der diensthabende Beamte war gerade mit einer anderen Angelegenheit beschäftigt, und während die Beiden im Wartesaale saßen, vertrieben sie sich gleichfalls zum Aergerniß der Agenten die Zeit mit Kartenspiel. Dem Kommissär vorgeführt, sagte der Eine, Mr. Cooper, Besitzer einer Kohlenmine in Staffordshire: „Ich liebe das Whist so sehr, daß ich, während ich zu meiner Trauung gefahren, mit meinem Brautführer spielte; ja, als noch im November das fürchterliche Unglück traf, daß mein guter Vater starb, wäre ich vor Schmerz vergangen, wenn ich nicht auf dem Wege zum Friedhof in der Trauerkutsche Whist gespielt hätte!" Der Kommissär sagte: „Entfernen Sie sich, mein Herr, Ihr Fall gehört vor einen Irrenarzt und nicht vor eine Gerichtsperson!"

stimmungen ist er s. Z. aus Posen und dann aus Breslau ausgewiesen worden.

Daß in Berlin mancherlei verschwindet, wofür kein Ersatz geschaffen wird, hat an sich nichts Ueberraschendes, daß aber in einem Straßenzuge drei Häuser resp. drei Hausnummern verschwinden können, ohne daß dafür Ersatz geschaffen wird, das muß zum mindesten doch überraschen. Und dies ist in der Kochstraße der Fall. Dieselbe schließt auf der einen Seite mit Nr. 39 ab und fängt auf der anderen Seite mit Nr. 43 wieder an. Die Nummern 40, 41, 42 fehlen. Die drei Häuser, welche ehemals diese Nummern trugen, stehen noch heute und zwar zwischen der Jerusalemer- und Lindenstraße. Nach dem Umbau der Kirche erhielt aber dieser Straßentheil die besondere Bezeichnung: „An der Jerusalemer Kirche" und die drei Häuser die Nummern 1, 2, 3. Hierdurch entstand in der Kochstraße die sonderbare Lücke und dauert dieser Zustand nun bereits eine Reihe von Jahren.

„Unter Ausschluß jeglichen Gründergewinnes". Die Spandauerberg-Brauerei, seither Eigenthum der Gebrüder Bechmann, ist durch Ankauf in den Besitz der Bankiers Jaquier u. Securius, Jos. Stern u. L. Friedmann mit allem lebenden und todten Inventar sowie allen Beständen an Produkten und Fabrikaten sowie allen sonstigen Aktivas für den Preis von 3 861 000 Mark übergegangen. Diesen Preis haben die Käufer bezahlt, indem sie 3 000 000 Mark baar hingaben und für eine auf der Brauerei lastende Hypothek von 861 000 Mark die Zahlungsverpflichtung übernahmen. Diese Brauerei haben die neuen Eigenthümer in eine Aktiengesellschaft „unter Ausschluß jeglichen Gründergewinnes" (wie der Prospekt sagt) umgewandelt und bringen einen Theil des Aktienkapitals, welches 3 000 000 Mark beträgt, zum Kours von 118½ (für 100) zur öffentlichen Zeichnung. Rechnen wir nun aus, was dieses Konsortium bei diesem einen Geschäft „unter Ausschluß jeglichen Gründergewinnes" profitirt! $\frac{3\,000\,000 \times 118{,}5}{100} = 3\,555\,000$ M.

Der Profit beträgt also 555 000 M. Doch das ist nicht Alles! Inzwischen sind die Aktien, bevor sie noch unter das Publikum gelangt sind, an der Börse zu steigenden Koursen: 123 ja 130 (für 100 M.) gehandelt worden. Das ist dem Gründer-Konsortium nicht unbekannt geblieben und es giebt den Zeichnern keine Aktien, sondern verkauft sie selbst an der Börse. Rechnen wir nun aus, wie sich der Profit des Konsortiums stellt, indem wir den Kours von nur 125 zu Grunde legen:

$$\frac{3\,000\,000 \times 125}{100} = 3\,750\,000$$

Also ein Profit von 750 000 M., verdient, man möchte sagen im Handumdrehen. Unsere Leser werden weder die beneiden, die die Summen „verdient" haben, noch die bemitleiden, die bei dem Krach, der zweifellos in diese Aktien kommen wird, ihr Geld verlieren. Müssen es aber nicht ganz ungesunde Verhältnisse sein, wo arbeits- und mühelose Verdienste in solch' exorbitanter Höhe im Handumdrehen „verdient" werden können, während der ehrliche Handwerker bei aller Anstrengung physischer und geistiger Kräfte es fast nicht über einen Stundenlohn von 40—50 Pf. bringen kann.

Die Verkehrsmittel der Reichshauptstadt stehen — das zeigten die Tage des starken Schneefalls — nicht ganz auf der Höhe der Zeit. Während die Züge der Stadtbahn ebenso regelmäßig dahinsausten, als wäre gar nichts vorgefallen, während die von auswärts kommenden Züge der Schneehindernisse spotteten, versagte der großartige Apparat der Pferdebahn trotz allen Aufwandes an Arbeitskräften zum guten Theil und gerade in dem Augenblick, wo das Publikum eine Fahrgelegenheit am nöthigsten hat. Das Uebel liegt, wie ein Techniker der „Tägl. Rundschau" schreibt, einmal an der Zugkraft, die nicht elastisch genug ist und sich nicht den Anforderungen gemäß steigern läßt, weil die Pferdebahngesellschaft im Hinblick auf die Sommersonntage, wo die Pferdebahn auch versagt, und auf die seltenen Tage eines ausgiebigen Schneefalls einen Reservebestand von einigen tausend Pferden nicht unterhalten kann. Schon aus diesem Grunde wäre die baldige Einführung des Akkumulatorenbetriebes sehr zu wünschen. Reserve-Akkumulatoren fressen zwar auch Zinsen, wie die Pferde, nicht aber zugleich auch Hafer. Auch sind sie wohlfeiler unterzubringen und einer ganz anderen Kraftleistung fähig. Läßt sich ja, wie aus den letzten Versuchen hervorgeht, die Leistung eines Akkumulatorenwagens auf 16 Pferdekräfte steigern. Damit würden die Akkumulatorenwagen auch den tiefsten Schnee sicherlich überwinden. Das Uebel steckt aber auch, so führt der Fachmann des genannten Blattes weiter aus, in der Anlage der Pferdebahnen selbst, darin, daß ihre Schienen in der Höhe des Pflasters liegen, und daß die Rinne, in welcher die Radflanschen laufen, von Schnee und Schmutz niemals rein zu halten sein wird. Da aber die erhöhten Schienen der Dampfeisenbahnen mit den Anforderungen des sonstigen Straßenverkehrs sich nicht vereinigen lassen, so bleibt wohl für Großstädte schließlich nichts anderes übrig, als die durchgreifende Einführung von leichten Hochbahnen, wie sie in New-York bereits erfolgt ist. Vor einigen Jahren reichte Dr. Werner Siemens bei den Stadtbehörden einen Vorschlag zum Bau einer Anzahl solcher Hochbahnen ein, die er mit Elektrizität zu betreiben gedachte. Er fand jedoch keine Gegenliebe, obwohl seine, den Bürgersteigen entlang sich hinziehenden, leichten Viadukte den Verkehr nicht nur nicht gestört, sondern im Gegentheil entlastet hätten, und so schlief die Sache wieder ein. Wir wollen hoffen, daß sie in Folge der unerträglichen Zustände, die sich in jedem Winter, sowie an jedem Sommer-Sonntage wiederholen, wieder auflebt, und daß man auch in Berlin dem Bau leichter Hochbahnen, wenigstens für die verkehrsreichsten Straßen, in nicht allzu ferner Zeit wieder näher tritt.

Eine aufregende Szene spielte sich gestern Nachmittag in der Burgstraße an der Königstraße ab. Daselbst wollte ein mit Mehl beladener Wagen über die Kurfürstenbrücke fahren, die Pferde schwenkten aber ab und rannten auf das die Spree einfassende eiserne Gitter zu, welches sich längs der Burgstraße befindet. Im nächsten Augenblick wäre die leichte Barriere durchbrochen gewesen und ein großes Unglück geschehen, wenn nicht im letzten Moment ein Mann den Pferden in die Zügel gefallen wäre und sie zurückgerissen hätte. Augenzeugen waren vor Schreck momentan sprachlos.

Wasserstand der Spree in der Woche vom 17. bis 23. Januar 1886. (Angabe in Metern.)

Tage	17./1.	18./1.	19./1.	20./1.	21./1.	22./1.	23./1.
Am Oberbaum	2,49	2,50	2,48	2,47	2,46	2,48	2,45
Dammmühle, Oberwasser	2,43	2,43	2,42	2,41	2,42	2,41	2,40
Dammmühle, Unterwasser	1,14	1,16	1,12	1,12	1,12	1,14	1,13

Polizei-Bericht. Am 29. v. M. fiel einem 3 Jahre alten Knaben beim Spielen in einer Remise auf dem Grundstück Fruchtstr. 54 ein dort aufgestapelter Haufen Bretter auf den Leib und erlitt er dadurch einen Bruch beider Oberschenkel. Er wurde nach dem Krankenhause im Friedrichshain gebracht. — In der Nacht zum 30. v. M. vergiftete sich in seiner Wohnung in der Belleallancestraße ein Ehepaar mittelst Phosphors. Die Leiche des Mannes wurde nach dem Leichenschauhause, die noch lebende Frau nach der Charitee gebracht. — Am 30. v. M. Abends entstand in der Gipsfabrik der Gebrüder Dankberg, Torfstr. 7, Feuer, durch welches das Gebäude zum größten Theil zerstört wurde. Beim Einsturz einer Seitenwand wurden von den Trümmern drei Feuerwehrleute getroffen, von denen zwei unverletzt blieben, der dritte jedoch derartige Verletzungen erlitt, daß er nach dem Augusta-Hospital gebracht werden mußte. — In der Nacht zum 31. v. M. erhängte sich ein Mann in seiner Wohnung in der Schwedterstraße. — Am 31. v. M. Nachmittags wurde ein Mann in der Landsbergerstraße vor dem Hause Nr. 35 vom Herzschlage getroffen und verstarb kurze Zeit darauf. Die Leiche wurde nach dem Leichenschauhause geschafft. — An demselben Tage Nachmittags wurde ein Mann auf der Treppe vor dem Hause Weißenburgerstr. 1 sitzend und aus einer Wunde am Handgelenk stark blutend angetroffen und nach der Wache des 50. Polizeireviers gebracht. Derselbe gab an, sich in selbstmörderischer Absicht mittelst eines Küchenmessers die Pulsadern geöffnet zu haben. Er wurde nach Anlegung eines Nothverbandes nach dem Krankenhause im Friedrichshain gebracht. — An demselben Tage Abends wurde auf dem Bahnhof Friedrichstraße ein unbekannter, etwa 35 Jahre alter, anscheinend dem Arbeiterstande angehörender Mann, als er während der Fahrt von einem Eisenbahnzuge sprang, überfahren und auf der Stelle getödtet. Die Leiche wurde nach dem Leichenschauhause geschafft. — Am 31. v. M., Nachmittags, gerieth im Hause Liebenwalderstr. 51 der Fußboden unter der Kochmaschine in Brand. Das Feuer wurde von der Feuerwehr in kurzer Zeit gelöscht. — Am Abend desselben Tages entstand Belleallancestr. 30 in einem Materialwaaren-Laden Feuer, durch welches der Inhalt des Ladens völlig vernichtet wurde. Die Feuerwehr war zur Stelle und längere Zeit in Thätigkeit. — Später wurde die Feuerwehr nach Blücherstr. 66 gerufen, wo Gardinen und Betten in Brand gerathen waren. — Am 1. d. M. Morgens entstand auf dem Grundstück Schmidstr. 37 Feuer, durch welches ein Theil des Dachstuhls eines Quergebäudes zerstört wurde. Das Feuer wurde von der Feuerwehr mittelst der Gas- und Dampfspritze gelöscht.

Gerichts-Zeitung.

Die Verantwortlichkeit der Bauhandwerker für vorkommende Unglücksfälle wird von den Gerichten in immer engere Grenzen gezogen. Dies hat gestern der Dachdeckermeister Berthold Bodreck, welcher sich vor der zweiten Strafkammer hiesigen Landgerichts I auf eine Anklage wegen fahrlässiger Körperverletzung mit Uebertretung der Berufspflicht zu verantworten hatte, an sich erfahren müssen. Am 10. Oktober pr. führte der Angeklagte auf dem Dache des Hauses Christinenstraße 23 eine geringere Reparatur aus, und kurz nach Beendigung der Arbeiten stürzte in der Entfernung von 2 Metern davon eine Konsole am Gesims auf das Trottoir und beschädigte die gerade dasselbe passirende 10jährige Tochter des Arbeiters Lorenz in nicht unerheblichem Maße. Die Anklage legt dem B. für diesen Unfall die Schuld insofern bei, als er vor Beginn seiner Arbeiten die Anbringung eines Warnungszeichens unterlassen habe. Nach dem Gutachten des Bauinspektors Soenderop hätte der Angeklagte sich bei dem Vorhandensein des Gesimses an einem alten Hause sagen müssen, daß bei den Hämmern an den Dachsparren die dadurch hervorgerufene Erschütterung sehr leicht ein Herabstürzen des Gesimses hätte herbeiführen können. Mit Sicherheit lasse sich nicht behaupten, daß das Konsol durch die Erschütterung zum Stürzen gekommen sei, aber mit hoher Wahrscheinlichkeit sei dies anzunehmen. Der Dachdeckermeister Keller hält dies nach seiner Sachverständigen-Erfahrung für ausgeschlossen und begutachtet, daß bei derartigen geringen Reparaturen auch die Anbringung eines Warnungszeichens nicht erforderlich sei. Nur wenn das Herabfallen von Arbeitsmaterial zu befürchten, müsse die Straße durch ein Zeichen abgesperrt werden. Der Gerichtshof schloß sich aber der Auffassung der Anklage an und verurtheilte den Angeklagten mit Rücksicht auf den großen Leichtsinn und die Frivolität der Handwerksmeister zu vierzehn Tagen Gefängniß.

Die Berliner Roßschlächter Otto, Brock, Friedrich, Meyer, Feldhahn, Schumacher, Seyler und Lange hatten sich durch einen in der „Allg. Fleischer-Ztg." vom 15. Juni v. J. veröffentlichten Artikel beleidigt gefühlt und deshalb gegen den Redakteur des betreffenden Blattes, Heinrich Horwitz, Privatklage erhoben. In dem inkriminirten Artikel war nämlich behauptet, daß auf dem Zentralroßschlachthofe in neuerer Zeit weniger Pferde zur Untersuchung kommen und dieses Faktum darauf zurückgeführt, daß die Roßschlächter in den um Berlin belegenen Dörfern schlachteten, um sich der lästigen Kontrole in Berlin zu entziehen. Am Schlusse wurde die Polizeibehörde auf diesen Kniff besonders aufmerksam gemacht. Das Schöffengericht hatte zwar dem Angeklagten die Vertheidigung berechtigter Umstände zu Gute gehalten, aber aus der Form auf die beleidigende Absicht geschlossen. In dem auf die von dem Verurtheilten eingelegte Berufung zu heute vor der sechsten Strafkammer hiesigen Landgerichts I anberaumten Termin bestritt der Vertheidiger Rechtsanwalt Dr. F. Friedmann den Klägern die Legitimation zur Anstrengung der Klage, denn es sei der Kreis der Roßschlächter nicht so bezeichnet, daß sich die Privatkläger hätten getroffen fühlen können. Im Gegentheil beweisen sie ja durch die Anstrengung ihrer Klage, daß sie zu den Gemeinten nicht gehören. Rechtsanwalt Rosenthal plädirte für Bestätigung des ersten Urtheils, da sich jeder Berliner Roßschlächter, also auch die Kläger, durch den Artikel getroffen fühlen mußten. Der Gerichtshof adoptirte aber die Auffassung des Vertheidigers umsomehr, als in dem Artikel hervorgehoben sei, daß nicht alle Roßschlächter sich der lästigen Kontrole entziehen, und erkannte daher unter Aufhebung des ersten Urtheils auf Freisprechung der Angeklagten.

Wegen Beleidigung des Obersten Grafen von Herzberg und des Hauptmanns Rochlitz vom Oldenburgischen Infanterie-Regiment Nr. 91 mittels der Presse hatte sich gestern der Redakteur der „Berliner Presse", Hermann Bernhardt, vor der zweiten Strafkammer hiesigen Landgerichts I zu verantworten. An die Mittheilung eines Vorfalls, betreffend die Mißhandlung des Musketiers Eiles durch Kameraden auf Geheiß des Vorgesetzten, war im „Westfäl. Courier" berichtet worden, daß die Sache eingehend untersucht worden und in Folge dessen Hauptmann Rochlitz mit 45 Tagen Stubenarrest und der Oberst Graf von H. seinen Abschied erhalten hat. Diesen Artikel, der vielfach reproduzirt worden ist, hat auch die angeklagte Zeitung nachgedruckt und ist gegen diese der Strafantrag gestellt worden. Durch die kommissarisch erfolgte Vernehmung stellte sich heraus, daß der Abgang des Obersten von seinem Regiment auf seinen Wunsch erfolgt ist und mit dieser Affaire in keiner Beziehung steht; daß die Mißhandlung des Eiles nicht auf Veranlassung des Hauptmanns R., sondern aus freien Stücken der Soldaten erfolgt ist und daß der 45tägige Stubenarrest des Hauptmanns R. mit dieser Mißhandlung in keinem Zusammenhange steht. Der Staatsanwalt Weichert beantragte 300 Mark, der Gerichtshof erkannte auf 250 Mark ev. 25 Tage Gefängniß.

Vereine und Versammlungen.

Bezirksverein des wertthätigen Volkes der Schönhauser Vorstadt. In der letzten Versammlung des Vereins sprach der Reichstagsabgeordnete Heine in ausführlicher Weise über „Erziehung". Redner erläuterte zunächst des Näheren den Begriff der Erziehung des Menschen und beleuchtete besonders die Periode der Erziehung, in welcher der eigentliche „Kampf ums Dasein" beginne. Das hauptsächlichste Werk über Erziehung sei J. J. Rousseau's „Emile"; ein Theil der hierin enthaltenen Grundsätze sei allerdings schon veraltet, ein anderer bis heute aber noch nicht erreicht. Die Erziehung des Kindes lasse sich in zwei Abschnitte theilen, 1. bis zum schulpflichtigen Alter, 2. bis zum Eintritt in den Kampf ums Dasein. Redner weist nunmehr auf die durch die heutigen sozialen Verhältnisse bedingte schlechte Ernährungsweise der Kinder hin. Durch die Arbeit der Frauen in den Fabriken trete ein großer Nothstand zu Tage. Die Statistik beweise, daß von 100 im ersten Lebensjahre gestorbenen Kindern 95 Kinder von Arbeitern gewesen seien, unter diesen seien wiederum 80, deren Mütter in Fabriken beschäftigt wurden. Redner zeigt weiter an der Statistik der Militärpflichtigen, daß sich auch die Zahl der zum Militärdienst Unbrauchbaren jährlich vermehre. Hauptaufgabe des Staates müßte es sein, dafür einzutreten, daß der Volkskörper derartig gekräftigt werde, daß er nicht bloß in militärischer, sondern auch in industrieller Hinsicht konkurrenzfähig sei. Der arbeitende Mann allein müsse im Stande sein, seine Familie so zu ernähren, daß die Frau sich ganz ihren häuslichen Pflichten widmen könne. Redner kommt nunmehr speziell auf die Krankheiten der Kinder zu sprechen und erläutert die Art und Weise derselben, speziell nennt er die Skropheln eine Krankheit der Armen, hervorgerufen durch schlechte Ernährung, schlechte Luft ꝛc. Redner spricht sich im Weiteren dahin aus, daß der Arbeiter, wenn man das Durchschnittsalter desselben mit 45 Jahren rechne, schon früher heirathen müsse, als mit 25 Jahren. Nunmehr geht Redner auf die „Erziehung des Geistes" des Näheren ein und zeigt durch Beispiele, daß der Mensch nur das Produkt der Verhältnisse ist, unter denen er aufgewachsen sei und lebe. Es zieme sich durchaus nicht, auf solche Menschen mit Verachtung herabzublicken, welche durch die heutigen Verhältnisse in ihrer geistigen Entwickelung zurückgeblieben sind. Eine Strafe dürfe diese Unglücklichen nicht treffen. Der Einfluß des elterlichen Beispiels, das moralische Verhalten derselben, sei die erste Grundlage aller und jeder Erziehung. Redner geht nunmehr auf die Schulfrage des Näheren ein und befürwortet, die schweizer Schulen als mustergiltig anzusehen. Er fordert unentgeltlichen Unterricht sowie unentgeltliche Hergabe sämmtlicher Schulutensilien. Als Lehrgegenstände verlangt Redner außer dem nothwendigen Rechnen, Lesen und Schreiben, mehr Berücksichtigung der Naturwissenschaft zur Bekämpfung des Aberglaubens, Geschichte der Entwickelung der menschlichen Kultur, Gesetzeskunde, Unterricht in der Anatomie des menschlichen Körpers u. s. w. Die Mädchen sollen auf die Pflichten einer Hausfrau aufmerksam gemacht werden, Kochen lernen. Nur wenn Alle in dieser Weise gemeinsam wirken und schaffen, könne für unsere Kinder eine Besserung herbeizuführen. (Allgemeiner Beifall.) An der Diskussion betheiligten sich mehrere Redner im Sinne des Referenten. Nach Erledigung der Fragekasten schloß der Vorsitzende die Versammlung um 1 Uhr. Die nächste Versammlung findet am 9. Februar statt. Näheres in diesem Blatte.

Die Zentral-Kranken- u. Begräbnißkasse für Frauen und Mädchen hielt am Sonntag, den 24. d. M., Nachmittags unter Vorsitz des Herrn Bielefeld, eine Hauptversammlung in Gratweil's Bierhallen, Kommandantenstr. 77/79 ab, mit der Tagesordnung: 1. Wahl eines Wahlkomitee zu der bevorstehenden Generalversammlung. 2. Anträge zur Generalversammlung (Statutenberathung). 3. Nachwahl für den Vorstand. 4. Wahl der Abgeordneten zur Generalversammlung. Verschiedenes. Der Vorsitzende drückte den Wunsch aus, daß die Mitglieder treu und gewissenhaft zur Seite stehen mögen, um die Kasse lebensfähig zu erhalten. Gewählt wurden das Wahlkomitee Frau Beseler, Frau Jost, Frl. Jagert, Frau Gras und Fräul. Stodt. Die Statutenberathung wurde vertagt, um in der nächsten Versammlung zu Ende geführt zu werden. Es wurde jedoch beschlossen, die wöchentlichen Beiträge um 5 Pf. zu erhöhen und 9 M. Krankengeld für die 1. Klasse, 6 M. für die 2. Klasse zu zahlen, für welche der Beitrag 20 Pf. betragen soll. Das Sterbegeld wurde auf 40 und 50 M. festgesetzt. Ferner wurde beschlossen für Arbeitsfähige, welche mediziniren, pro Woche 3 M. Mediziniren schädigung zu zahlen. Es wurde der Antrag gestellt, von nun an die Mitgliederversammlungen in jeder Woche abzuhalten und nur in dem Arbeiterorgan „Berliner Volksblatt" bekannt zu machen; der Antrag wurde mit großer Majorität angenommen. Als Vorstands-Mitglieder wurden gewählt: Frau Marx, Frau Frankanzani und Frau Ottilie Schneider. Auch die vom Vorstand provisorisch errichteten Zahlstellen wurden anerkannt. Dieselben befinden sich bei Frau Grottmann, Wolgasterstr. 8; Frau Schmidt, Blumenstr. 29; Frau Schneider, Raunynstr. 60; Herrn Schmidt, Wasserthorstr. 69; Frau Strauß, Mehnerstr. 6 und beim Vorsitzenden, Herrn Bielefeld, Gitschinerstr. 94. Krankenmeldungen dürfen nur bei dem Vorsitzenden stattfinden. Schluß der Versammlung 8 Uhr Abends.

Die Mitglieder der Freireligiösen Gemeinde hatten veranlaßt durch einen Aufruf von Seiten mehrerer Mitglieder, welche mit der Geschäftsleitung des bisherigen Vorstandes einverstanden waren, am 29. d. M. eine Versammlung. Auf der Tagesordnung stand: Vorbesprechung zu der „Neue stattfindenden Wahl des Vorstandes und Aufstellung einer Kandidatenliste für dieselbe." Herr Meyner legte in längeren Ausführungen die Gründe, welche die Mitglieder dieser Versammlung veranlaßt hatten, klar, und betonte besonders, daß nicht etwa irgend welche Parteirücksichten maßgebend waren, sondern lediglich die Art und Weise der Gebahrung der Geschäfte, namentlich im verflossenen Jahre seitens des bisherigen Vorstandes und ging dann auf die liebsamen Vorkommnisse näher ein. Das Wort Humanität stehe an der Spitze der Bestrebungen der Gemeinde, manchen Handlungen des Vorstandes, war aber nichts weniger als Humanität maßgebend. Der Sprecher der Gemeinde, Herr Schäfer, ergriff zunächst das Wort und vertheidigte sich gegen die Ausführungen des Referenten, indem er behauptete, der größte Theil der Vorwürfe gegen den Vorstand sei nur gegen seine Person gerichtet und man trachte nur darnach, ihn von seinem Posten zu entfernen. Die nachfolgenden Redner, unter auch Herr Metzner wiesen die Ansichten des Herrn Schäfer zurück, man wolle ihn bei Seite schieben, als nur von ihm selbst ausgehend zurück, denn noch habe Niemand an etwas derartiges gedacht. Die Vorwürfe gegen den Vorstand könnten nur (Schäfers) Person nur in so weit treffen, als er selbst als Vorstandsmitglied allen Beschlüssen desselben zustimmte und vertheidigte, trotzdem er, wie er selbst zugiebt, auch nicht mit einverstanden war. Besonders wurde der Wunsch geäußert, Herr Schäfer möchte die Ideen, welche er in seinen Vorträgen lehrt, auch in den Gemeindeangelegenheiten mit durchführen helfen, dann hätten derartige inhumane Vorkommnisse überhaupt nicht stattfinden können. Die von dieser Versammlung aufgestellte Kandidatenliste ist folgende: Die Herren Friederici erster, Suter zweiter Vorsitzender, Schartiger erster, Tamm zweiter Redner, als Beisitzer die Herren Bremer, Rimke, Rubenow, W. Schubert, Winden. Es wurde jedoch beschlossen, daß Herr Friederici, — welcher noch nicht definitiv erklärt ob er event. das Amt anzunehmen bereit sei — ablehnen, Herr Suter zum ersten und Herr Friederici zum zweiten Vorsitzenden aufgestellt werden soll. Die Wahlversammlung findet am Dienstag, den 2. Februar, Abends pünktlich um 8 Uhr im großen Saale des Handwerker-Vereins, Sophienstr. Nr. 15, statt.

* **Der Steindrucker Adolf Franke**, Fürstenberg[illegible] wohnhaft, ersucht uns mitzutheilen, daß er mit dem Steindrucker gleichen Namens, welcher aus dem Fachverein der Steindrucker und Lithographen ausgeschlossen wurde, identisch ist.

Oeffentliche Versammlung der Schneider. Montag, den 3. Februar, Abends 8½ Uhr, im „Louisenstädtischen Kunstlerthause", Alte Jakobstr. 37. Tagesordnung: 1. die Aufgaben der neugewählten Lohnkommission. 2. Enthüllungen von der Firma Simon Grätz, und wie bezahlt der für Herrn Simon, Oranienstraße, arbeitende Innungsmeister Lohn (Jakobstr. 75) seine Arbeiter.

Verantwortlicher Redakteur R. Cronheim in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin SW., Beuthstraße 2.

Hierzu eine Beilage.

Beilage zum Berliner Volksblatt.

Nr. 27. Dienstag, den 2. Februar 1886. III. Jahrg.

Die Frauenarbeit in der Industrie.

Unter obigem Titel finden wir in der „Allgemeinen Zeitung" einen Artikel, der manches Interesse bei unseren Lesern erregen wird. Zunächst spricht der Artikel von den vielen Frauenversammlungen in Berlin, dann weist er auf die rege Agitation wegen Beschränkung der Frauenarbeit hin und meint, daß vielen diese ganze Bewegung nur ein mitleidiges oder ironisches Lächeln abgelockt habe.

„Aber", so fährt der Artikel dann fort, „das Urtheil zumal der Menge wird so sehr durch äußerliche Eindrücke bestimmt, daß schon, weil die diesem Zwecke dienenden Versammlungen von Frauen berufen und geleitet waren und die Diskussion der Frauen mancherlei komische Zwischenfälle darbot, die Sache selber nicht ernst genommen wurde. Thatsächlich aber liegt vielmehr mannigfach begründeter Anlaß vor, die betreffs der Frauenarbeit zu Tage tretenden Bestrebungen um ihrer selbst willen und mit Rücksicht auf ihre Bedeutung für das Allgemeinwohl mit Aufmerksamkeit zu verfolgen.

Vor allem ist es von Interesse zu untersuchen, aus welchen Umständen es sich erklärt, daß die Bewegung sich gerade jetzt und gleich mit solcher Heftigkeit geltend macht. Wie die Sache selber, so ist auch die in ihrem Interesse betriebene Agitation vornehmlich unter zwei Gesichtspunkten zu betrachten. Nicht die Thatsache an sich, daß die moderne Phase der kapitalistischen Industrie die Frauenarbeit in umfassendem Maßstabe in Anspruch nimmt, erklärt die Agitation, die wir heute mit solcher Erregung von den Frauen betrieben sehen, sondern die ungünstige Lage, in der sich zahlreiche Zweige unseres gewerblichen Lebens eben jetzt befinden und die, wie nicht ohne Grund besorgt wird, manchen anderen wirthschaftlichen Gebieten mehr oder minder bald bevorsteht. In einer solchen Zeit, die zum Theil mit elementarer Gewalt auf jede nur irgend mögliche Einschränkung der Produktionskosten hindrängt, in der auf den einzelnen Gewerbetreibenden in dieser Hinsicht Einflüsse einwirken, denen er sich nicht zu entziehen vermag, wenn er sich in der Konkurrenz lebensfähig erhalten will, kann es nicht Wunder nehmen, wenn die Produktion mehr noch als sonst zu der Anwendung von Frauenarbeit hingedrängt wird, und andererseits die Frauenarbeit als minder widerstandsfähig unter dem Druck der Zeiten besonders zu leiden hat.

Wenn hierin die eine Erklärung dafür zu suchen ist, warum gerade jetzt auf Seiten der weiblichen Arbeiterinnen eine so heftige Bewegung zu Tage tritt, so verweist uns eben dieser Punkt zugleich auf die andere Quelle, aus der wir die Agitation abzuleiten haben. Es ist kaum daran zu zweifeln, daß die sozialdemokratische Partei an derselben einen nicht unwesentlichen Antheil hat. Für sie liegen zunächst ökonomische Gründe vor, einer Bewegung Vorschub zu leisten, die gegen den Druck auf den Arbeitslohn und die Arbeitsbedingungen der Frau Stellung nimmt, da sie von einer Beeinträchtigung dieser auch eine Schädigung der Lebensverhältnisse der männlichen Arbeiter befürchten zu sollen meint. Für die sozialdemokratische Partei hat die Agitation der Frauen aber auch noch die politische Bedeutung, daß dieselbe in der gegenwärtigen Zeit, wo die Partei sich in der Freiheit ihrer Bewegung durch das Sozialistengesetz beschränkt sieht, dazu beiträgt, in der Arbeiterwelt für eine Ideenrichtung Propaganda zu machen, die derjenigen der Sozialdemokraten, wenn sie mit ihr nicht völlig identisch ist, doch sehr nahe steht. Die Sozialdemokratie hat ein großes Interesse daran, solche Bestrebungen zu fördern, und die Bahn, innerhalb deren sich diese bewegen, spricht denn auch dafür, daß die Bewegung von den Führern der Sozialdemokratie inspirirt wird.

Die von den Frauen betreffs der Frauenarbeit betriebene Agitation richtet sich nicht auf (gänzliche) Abschaffung der Frauenarbeit, sondern auf eine Einschränkung übermäßiger Anforderungen an dieselbe. Auch die Sozialdemokratie, will nicht etwa die Frauenarbeit überhaupt beseitigt sehen. Der sogenannte positive Theil des Gothaer Programms fordert nur das Verbot „aller die Gesundheit und Sittlichkeit schädigenden Frauenarbeit." Aber nicht bloß, weil die Sozialdemokratie in diesem Theile des Gothaer Programms nur solche Forderungen stellt, welche sich nach ihrer Auffassung innerhalb der heutigen Gesellschaft durchführen lassen, sieht die Sozialdemokratie von der prinzipiellen Forderung der Beseitigung der Frauenarbeit ab. So nahe es liegen mag, anzunehmen, daß mit Rücksicht auf die davon zu erwartende Besserung der Arbeitsbedingungen der männlichen Arbeiter die Sozialdemokratie auf eine völlige Beseitigung der Frauenarbeit abziele, erkennt sie, in deren Zukunftsstaate ja von nachtheiligen Folgen der Konkurrenz der Männer mit der Frauenarbeit überhaupt nicht die Rede sein könnte, es vielmehr im Prinzipe sogar als erforderlich an, daß die Frau an der Arbeit theilnehme, weil sie nur so sich die Theilnahme an den bisher dem Manne reservirten Rechten erwerben könne. Friedrich Engels hat diesen Gedankengang in seiner Schrift „Der Ursprung der Familie des Privateigenthums und des Staats" (Zürich, Verlagsmagazin) vor nicht gar langer Zeit erst des Spezielleren entwickelt. Indem aber die Sozialdemokratie, weil sie im Prinzip nicht die Beseitigung der Frauenarbeit, sondern im Gegentheil eine umfassende Theilnahme der Frau an der Arbeit wünscht, gegen die Frauenarbeit in der heutigen Gesellschaft, nur insoweit sie die Gesundheit und Sittlichkeit schädigt, Stellung nimmt, tragen gerade in Bezug auf die Frauenarbeit die Bestrebungen der Sozialdemokraten wenigstens dem Anschein nach einen positiven Charakter an sich, der die ernsteste Aufmerksamkeit verdient.

Die Stellung der Sozialdemokratie zur Frauenarbeit erscheint uns unter mehr als einem Gesichtspunkt als ein besonders wirksames Mittel, für ihre Sache überhaupt Propaganda zu machen. Inwiefern das in politischer und ökonomischer Hinsicht zu denken giebt, ist hier nicht zu erörtern. Nun darf auch an dieser Stelle nicht übersehen werden, daß die Vorstellungen, welche in der Sozialdemokratie betreffs der heute durchzuführenden Aenderungen in der Lohnarbeit überhaupt bestehen, thatsächlich doch eine Modifikation der wirthschaftlichen Verhältnisse im Sinne einer gemeinwirthschaftlichen Ordnung herbeiführen müßten.

Ein so großes Interesse hienach diejenigen Parteien, denen an einer Erhaltung der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung gelegen ist, aus politischen und ökonomischen Gründen daran haben müßten, einen Einfluß auf die Entwicklung der Frauenarbeitsfrage zu gewinnen, sehen wir doch die Behandlung der Frage in ihrer neuesten Phase ausschließlich solchen Kreisen überlassen, die von den Inspirationen der Führer der Sozialdemokratie beherrscht werden. Der Vorwurf der Gleichgiltigkeit trifft die Liberalen nicht weniger als die Konservativen. Und doch wird auf diesem Gebiete am allerwenigsten der Grundsatz vom Gehen- und Geschehenlassen gelten dürfen. Wer selbst die Eingriffe des Staates in das wirthschaftliche Leben sonst perhorreszirt, wird in einer Frage, in der es sich zugleich um die höchsten ethischen Güter, um die Grundlagen des Familienlebens, um die ersten Voraussetzungen der allgemeinen Wohlfahrt handelt, die Berechtigung des Staates, die erforderliche Abhilfe zu leisten, nicht bestreiten wollen. Vom Staate ist auch am ehesten die Berücksichtigung aller hierbei in Betracht kommenden Interessen, am ehesten eine, soweit es angeht, ersprießliche Ueberwindung der großen Schwierigkeit zu erwarten, die darin liegt, daß der Ruf nach Hilfe am dringendsten gerade in der Zeit ist, wo die wirthschaftliche Lage die Rücksicht auf die Arbeitgeber um so dringender macht, schon damit nicht deren Schädigung die arbeitenden Klassen und die weiblichen Arbeiter selber mehr benachtheiligt als fördere."

So der Artikel der „Allgemeinen Zeitung". — Unsere Leser werden selbst zu urtheilen wissen über das Gemisch von Richtigem und Unrichtigem, welches in dem übrigens interessanten Artikel sich zeigt.

Parlamentsberichte.

Abgeordnetenhaus.

11. Sitzung vom 1. Februar, 11 Uhr.

Am Ministertische Bronsart v. Schellendorff, Dr. Lucius, v. Scholz und Kommissarien.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Vereidigung der Mitglieder, welche den Eid noch nicht geleistet haben.

Präsident v. Köller: Ehe wir nun in die Tagesordnung eintreten, habe ich dem Hause noch eine Mittheilung zu machen in Bezug auf die Geschäftsordnungsdebatte vom vergangenen Sonnabend am Schlusse der Sitzung — eine einfache Mittheilung, über welche ich eine Diskussion nicht zulassen kann. Als der § 27 unserer Geschäftsordnung am 25. Oktober 1872 vom Abg. Lasker beantragt wurde, sagte derselbe in der Rede, in welcher er ihn empfahl: „Es müssen deshalb Ausgabe-Anträge, welche mit dem Budget in Verbindung stehen, der Budgetkommission zur Berathung überwiesen werden." Darauf wurde § 27 der Geschäftsordnung ohne Debatte angenommen, und er ist stets so ausgelegt worden, daß, wenn es sich um eine Ausgabebewilligung handelte, die auf das Budget Bezug hatte, eine Verweisung an die Budgetkommission stattfand. Es liegt aber eine ganze Menge von Fällen vor seit 1872, in denen, wenn es sich um selbstständige Anträge handelte, welche direkt eine Ausgabebewilligung enthielten oder herbeizuführen bestimmt waren, eine Ueberweisung an die Budgetkommission nicht stattgefunden hat. Am 16. Januar 1878 wurde unter dem Präsidium des damaligen Vizepräsidenten Klotz über den Antrag Bachem u. Gen., betreffend den Ersatz von 4000 M. an die Gemeinde Marzingen, Kreis St. Wendel, für eine außerordentliche zwangsweise erhobene Umlage abgestimmt, dieser Antrag aber nicht der Kommission überwiesen. Im Gegentheil wurde ein Antrag Schorlemer auf Ueberweisung desselben an die Gemeindekommission abgelehnt. Am 19. Januar 1881 wurde der Antrag Tiedemann (Bomst), bei fernerer Begebung von Anleihen auch Staatspapiere auf Namen auszugeben, ohne vorherige Kommissionsberathung der Regierung überwiesen. (Abg. Richter: „Paßt nicht!" — Ruf rechts: Ruhe!) Am 2. März 1882 wurde der Antrag des Gesammtvorstandes, betreffend den Bau eines neuen Geschäftsgebäudes für das Abgeordnetenhaus, wo es sich also um Millionen handelte, ohne vorher der Kommission zugewiesen worden zu sein, angenommen. (Hört! hört! rechts. — Abg. Richter: „Paßt nicht!" — Ruf rechts: Ruhe!) Dagegen wurde gleichzeitig ein Antrag an demselben Tage auf Einstellung von 14 000 M. in den zur Berathung stehenden Etat unter Hinweis auf die Geschäftsordnung der Budgetkommission überwiesen. Der Herr Abg. Delius, welcher diese Anträge vertrat, sagte bezüglich des letzteren, daß die Ueberweisung stattfinden müsse, weil er eine Geldbewilligung enthielte; bezüglich des ersten Antrags sagte er nichts. So ist auch verfahren worden. Am 27. Februar 1884 wurde der Antrag Thilenius wegen Errichtung eines hydrographischen Instituts ohne vorherige Kommissionsberathung angenommen. Am 2. April 1884 wurde über den Antrag Stöcker, betreffend Abstellung des kirchlichen Nothstandes event. durch Bewilligung von Staatsmitteln, ohne Kommissionsberathung abgestimmt. Am 28. Januar 1885 erfolgte die Abstimmung über den Antrag Huene-Lieber, betreffend die Erhebung der Kommunalsteuer, nach vorheriger Ablehnung kommissarischer Berathung. Endlich am 15. Januar 1883 wurde der Antrag Prinz Arenberg wegen Nothstandsabhilfe in einigen Eifelkreisen ohne kommissarische Vorberathung angenommen. Ich habe dem Hause einfach diese Mittheilung machen wollen.

Abg. Frhr. v. Schorlemer-Alst (zur Geschäftsordnung): Ich möchte an den Herrn Präsidenten — wenn ich recht verstanden habe, daß er weitere Diskussion und Erörterung nicht zulassen will — die Frage richten, ob es mir gestattet sein wird, jetzt auch meinerseits einige Fälle vorzutragen, wo entgegengesetzt verfahren worden ist, und welche die Meinung bestärken werden, die unsererseits über den § 27 der Geschäftsordnung am Sonnabend vertreten worden ist.

Präsident v. Köller: Die Fälle sind mir auch bekannt, ich habe sie hier notirt, aber ich kann eine längere Diskussion nicht zulassen, gegen eine kurze Bemerkung habe ich nichts einzuwenden.

Abg. Frhr. v. Schorlemer-Alst: Ich möchte den Antrag stellen, diese Angelegenheit der Geschäftsordnungs-Kommission zu überweisen, außerdem fühle ich mich zu der Bemerkung verpflichtet, daß die von mir vorgestern namens meiner Freunde abgegebene Erklärung sich lediglich gegen das Votum der Majorität des Hauses gerichtet hat, nicht gegen den Herrn Präsidenten.

Abg. Richter: Ueber das Verhalten des Herrn Präsidenten haben wir keine Veranlassung, weder billigend noch mißbilligend uns zu äußern. Wir sind in einer ganz eigenthümlichen Lage. Der Herr Präsident macht Ausführungen gegen die Ansichten der Minorität vom vergangenen Sonnabend und hat die Diskussion ausgeschlossen. Die Minorität ist also in einer ähnlichen Lage, als wenn ein Minister einen Gesetzentwurf einbringt und wir nicht Gegen-Ausführungen daran knüpfen können. (Sehr gut links. Widerspruch rechts.) Ich hätte gewünscht und erlaube mir nachträglich diesen Wunsch auszusprechen, daß der Herr Präsident in irgend einer Form dieses Material dem Hause unterbreite, damit wir in der Lage sind, Gegenanträge zu stellen. Heute will ich mich nur darauf beschränken, zu bemerken, daß es keinen Fall in den Akten giebt — und darauf kommt es an — wo auf erhobenen Anspruch aus der Mitte des Hauses die Mehrheit es abgelehnt hätte, dem § 27 der Geschäftsordnung gerecht zu werden. (Sehr richtig! links.) Die angeführten Fälle treffen zum Theil gar nicht zu, dagegen trifft es stets zu, daß, wenn der Anspruch erhoben wurde, jeder Zeit der Präsident und die Mehrheit demselben Folge gegeben haben.

Abg. von Minnigerode (kons.) bittet um genauere Formulirung der Frage, welche der Geschäftsordnungskommission überwiesen werden soll.

Abg. Bachem (Zentrum) schlägt die Fassung vor: § 27 der Geschäftsordnung an die Geschäftsordnungskommission zu überweisen behufs Berichterstattung bezw. Formulirung einer alle Zweifel ausschließenden Fassung.

Abg. v. Schorlemer akzeptirt diesen Antrag unter Hinzufügung der Worte: „mit allem zugehörigen Material."

Abg. Enneccerus wünscht für den Fall der Annahme eines solchen Antrages die Geschäftsordnungskommission um 7 Mitglieder verstärkt zu sehen.

Damit ist der Gegenstand erledigt. Das Haus wendet sich zur Etatsberathung, und zwar zum Militäretat. In demselben werden u. a. als erste Rate 30 000 Mark verlangt zur Instandsetzung sämmtlicher Fronten des Zeughauses in Berlin.

Referent Abg. Hartmann befürwortet namens der Kommission die Forderung. Die Sandsteinarchitekturtheile sämmtlicher Fronten bedürften in Folge starker Verwitterung des Materials einer gründlichen Instandsetzung, und da bereits einzelne Sandsteinstücke von erheblichem Gewichte herabgestürzt seien, so erscheine ein Ersatz nicht länger aufschiebbar. Die Ausführung sei auf 3 Jahre in Aussicht genommen und deshalb die Summe von 30 000 Mark als muthmaßlicher Bedarf eingestellt worden.

Abg. v. Schorlemer rügt den Mangel jeden Anhaltspunktes und Kostenvoranschlages, an der Hand dessen man sich ein Bild von dem Gesammterforderniß machen könne. Die Forderung eines „muthmaßlichen" Bedarfs von 30 000 Mark im ersten Jahre könne bei drei in Aussicht genommenen Bauraten schließlich weit mehr als dreimal 30 000 Mk. betragen. Auf so unbestimmte Begründungen solle man sich doch nicht einlassen.

Die Position wird sonst nicht beanstandet.

Es folgt der Etat der landwirthschaftlichen Verwaltung.

Bei dem Kapitel Thierarzneischule und Veterinärwesen regt der Abg. Schläger die Frage an, ob es nicht an der Zeit sei, an Stelle des bisherigen Direktorialsystems in den Thierarzneischulen das auch in den landwirthschaftlichen und polytechnischen Hochschulen mit Erfolg durchgeführte Rektoratsystem treten zu lassen. Für Berlin sei die Frage um so dringlicher, als jetzt gerade die Direktorialstelle vakant sei.

Abg. Dr. Virchow hat schon früher seine Sympathien mit diesem Wunsche ausgesprochen. Da an der Thierarzneischule die Hauptfächer durch eine Reihe gleichbefähigter Lehrer besetzt werden, so führt es zu großen Unzuträglichkeiten, wenn einer derselben nicht blos die Direktorialgeschäfte führt, sondern auch über die Gelder für die wissenschaftlichen Zwecke der einzelnen Lehrer zu verfügen hat. Die Erfahrungen beim letzten Berliner Direktorat weisen dringend auf einen Systemwechsel hin. Das Veterinärwesen hat unter der Leitung des landwirthschaftlichen Ministeriums entschiedene Fortschritte gemacht. Ich wünschte nur, daß man dem Versuchswesen auf den Veterinärschulen gerade im Interesse der Landwirthschaft mehr Aufmerksamkeit schenken möchte. Die Thierarzneischule in Hannover wird sich nur dadurch auf der bisherigen Höhe erhalten können.

Minister Dr. Lucius: Nach meinen persönlichen Erfahrungen möchte ich dem Direktorialsystem den Vorzug geben, unter ihm hat das Veterinärwesen erhebliche Fortschritte gemacht. Sollte man aber zu dem Rektoratsystem übergehen, so würde es sich empfehlen, das Rektorat nicht alljährlich, sondern alle 3 Jahre zu wechseln im Interesse der Administration. Auch mich hat mit Betrübniß erfüllt der Mangel an Pietät und vornehmer Gesinnung, welche sich in den Fachkreisen kundgegeben hat über die amtliche Thätigkeit eines so verdienstvollen und ausgezeichneten Mannes, wie des verstorbenen Direktors der hiesigen Thierarzneischule.

Beim Kapitel „Förderung der Viehzucht" bittet Abg. v. Below-Saleske den Minister, dem Landes-Oekonomiekollegium die Frage zur Prüfung vorzulegen, ob nicht eine Aenderung des Prämiirungswesens nach der Richtung geboten sei, bei der Preisvertheilung das bisherige individuelle mit dem sogenannten Pointsystem zu verbinden, die Preisrichter nicht aus den Ausstellungskreisen selbst, sondern aus Nachbarbezirken heranzuziehen und auf den Lokalschauen nur die kleinen Besitzer zu prämiiren und die Großgrundbesitzer mit Ehrenprämien abzufinden.

Minister Lucius: Das Ministerium hat in dieser Beziehung der Autonomie der Zentralvereine den weitesten Spielraum gelassen und sich auf eine Ueberwachung der zweckentsprechenden Verwendung der bewilligten Mittel beschränkt. Das halte ich auch für das allein Richtige und möchte den Vorredner mit seinen Wünschen an die Provinzialvereine verweisen. Ob Pointsystem oder individuelles u. s. w. ist nebensächlicher, als das Vertrauen, welches die Preisrichter in den betreffenden Distrikten genießen.

Die Abgg. Seer und Dirichlet bestätigen, daß die Zentralorganisation in Verbindung mit der Lokalorganisation im Prämiirungswesen sich durchaus bewährt hat.

Beim Kapitel „Fischereiwesen" rügt Abg. Cremer die rigorose Ausführung des Fischereigesetzes in Bezug auf die Innehaltung der Schonzeit.

Abg. Fritzen fragt den Minister, wie es mit dem Vertrage mit der holländischen Regierung in Bezug auf den Schutz der rheinischen Lachsfischerei stehe.

Minister Lucius: Darüber kann ich keine positive Erklärung abgeben. Im vorigen Sommer ist ein solcher Vertrag

mit Holland abgeschlossen worden. Dieser Vertrag bedarf aber zunächst der Bestätigung der holländischen Generalstaaten, über deren Entscheidung noch nichts bekannt ist. Was die Frage des Herrn Cremer betrifft, so dürfte es sich weniger um eine Revision des Gesetzes, als um eine Modifikation der Ausführungsverordnungen in den einzelnen Provinzen handeln.

Abg. Mooren bittet um Schutzmaßregeln für die rheinische Fischerei gegen die Schädigung durch die am Rhein liegenden industriellen Etablissements.

Bei Kap. 107 des Ordinariums Allgemeine Ausgaben, Tit. 1 „Zur Unterstützung der landwirthschaftlichen Vereine 2c." bringt

Abg. Pleß wiederum die Nachtheile zur Sprache, welche dem landwirthschaftlichen Betriebe und Besitze in Folge der Verunreinigung der Flüsse und Bäche durch die Industrieanlagen erwachsen, und bittet den Minister, auf die Herbeiführung wirksameren gesetzlichen Schutzes der in Betracht kommenden landwirthschaftlichen und Fischereiinteressen Bedacht zu nehmen.

Abg. Lotichius erklärt die Verbesserung des Kostenwesens bei den Konsolidationen im Regierungsbezirk Wiesbaden für dringend geboten; die erforderlichen Aenderungen seien durchführbar, ohne das Eigenthümliche der Nassauischen Konsolidationsordnung zu alteriren.

Minister Lucius: Es befinden sich Gesetzentwürfe, die der letzteren Anregung entsprechen, bereits in der Vorbereitung. Die Verunreinigung der öffentlichen Wasserläufe durch die Abwässer zahlreicher Industriebetriebe ist in einigen Landestheilen fast eine öffentliche Kalamität geworden, eine gänzliche Abstellung der daraus erwachsenden Schäden resp. die Ermöglichung wirksamerer gesetzgeberischer Schutzmaßregeln ist eine zur Zeit noch ungelöste Frage. Indessen hat sich doch bisher eine hinreichende Entschädigung der betroffenen Grundbesitzer für die Deteriorirung ihrer Grundstücke erreichen lassen.

Titel 1 wird bewilligt. In Titel 2 sind zur Förderung des Wein- und Obstbaues 50 000 M., 18 000 Mark mehr als im Vorjahre, ausgeworfen.

Abg. Gerlich (Schwetz, freikons.) bittet um größere Berücksichtigung auch des Ostens hinsichtlich der staatlichen Fürsorge auf diesem Gebiete. Der Obstbau sei namentlich in der Weichselniederung sehr zurückgegangen, wozu die Erschwerung der Konkurrenz durch den steigenden Import eingemachter Früchte aus Amerika über Hamburg und Danzig erheblich beigetragen habe. Zur Hebung dieses wichtigen Nahrungszweiges der Bewohner der Weichseldistrikte sei bei der räumlichen Entfernung von Proskau und Geisenheim event. die Errichtung eines eigenen pomologischen Instituts in dieser Gegend in Aussicht zu nehmen. Wenigstens sollte die Erhöhung des Etatstitels möglichst schon im nächsten Etat erfolgen.

Nach kurzen Bemerkunnge der Abgg. Seelig und Schmidt (Stettin) wird der Titel bewilligt.

In Titel 7 sind 15 000 M. „Zur Beachtung der Wasserstände 2c." neu ausgebracht. Der Titel wird genehmigt, nachdem Abg. Wüsten die Ausdehnung des Nachrichtendienstes für die von Hochwasser bedrohten Bezirke auch auf die Nebenflüsse befürwortet hat.

Zum Extraordinarium des landwirthschaftlichen Etats liegt ein Antrag der Abgg. Boediker und Genossen vor, eine Summe von 300 000 M zur Förderung der Kanalbauten im mittleren Emsgebiet, insbesondere zur Fertigstellung des Süd-Nord-Kanals neu in den Etat einzustellen.

Abg. Boediker: Die Vollendung des großen Kanalnetzes zur Entwässerung und Urbarmachung des Hochmoors erfolgt seit einigen Jahren in viel zu langsamem Tempo. 9½ bis 10 Millionen sind bereits in dieses Meliorationsunternehmen gesteckt worden, ohne daß die Hauptabsicht des Projekts verwirklicht worden wäre, denn der Süd-Nord-Kanal ist erst bis auf eine Strecke von 17 Kilom. fertig gestellt. Wenn nach unserem Antrag verfahren wird, kann die Fertigstellung des einen Theils und des ganzen Kanalnetzes in 5—8 Jahren erfolgen. Ich bitte dringend, den Antrag in der Budgetkommission wohlwollend zu behandeln.

Regierungskommissar Geh. Finanzrath Schmidt: Die Verhandlungen unter den betheiligten Ressorts über diese Frage haben zu dem Beschluß geführt, daß in diesen Etat eine extraordinäre Forderung nicht aufzunehmen sei. Die Nützlichkeit der linksrheinischen Kanäle ist auch nach Ansicht der Staatsregierung zweifellos, und ihre Ausführung wird programmmäßig fortgesetzt. Ein beschleunigtes Tempo würde mit den maßgebenden finanziellen Grundsätzen nicht übereinstimmen. Schon 1880 ist festgestellt worden, daß wirthschaftlich und finanziell die stückweise Fortführung der Arbeit in einer längeren Reihe von Jahren das Richtige ist. Der Provinzialverwaltung von Hannover wird die Regierung selbstverständlich alles Entgegenkommen zeigen, indessen war bis zum Abschluß der Etatsverhandlung innerhalb der Regierung nicht bekannt, daß der Provinziallandtag bereits den Beschluß gefaßt hätte, dort ein Korrigendenhaus zu errichten.

Abg. Windthorst: Im vorigen Jahre ist das Einschlagen eines langsameren Tempos mit dem Mangel an Mitteln motivirt worden. Nach so erheblichen Anfängen und nach Aufwendung so erheblicher Mittel sollte doch die große Arbeit schleunigst zu Ende geführt werden, damit das Unternehmen rentabel wird. Denn die bisher aufgewendeten Mittel liegen noch immer unverzinst und todt da, und die fertiggestellten Arbeiten verfallen. Ein Beschluß ist im Provinziallandtage von Hannover allerdings noch nicht gefaßt, indessen hat diese Angelegenheit mit dem Kanal nichts zu thun, wie denn auch bei den Verhandlungen in Hannover Niemand an die Kanalfrage auch nur gedacht hat.

Abg. Jacobi (Bentheim) befürwortet gleichfalls den Antrag; die Vollendung des Kanals sei für die ganze Gegend in wirthschaftlicher Beziehung eine Lebensfrage.

Auch die Abg. Sattler, von Minnigerode, Taunen, Graf Limburg (Stirum) und Spangenberg treten für den Antrag ein. Bei einem so hochwichtigen Meliorationsunternehmen müßten die finanziellen Rücksichten zurücktreten.

Minister Lucius: Bei der Beschlußfassung über die Inangriffnahme des ganzen Meliorationswerkes war man allerdings der Meinung, daß es sich darum handle, eine dünn bevölkerte Wüstenei allmälig auf die Fruchtbarkeit zu bringen, wie sie die angrenzenden holländischen Kolonieen aufweisen. Die Ausführung des ursprünglichen Planes hat dann mehrfache Modifikationen erlitten; im Allgemeinen ist indeß systematisch vorgegangen worden, und die Hoffnung begründet, daß die an das Projekt geknüpften Erwartungen erfüllt werden. Bei Beginn des Werkes 1870 wurden die ersten Arbeiten sehr beschleunigt, um die zahlreichen französischen Kriegsgefangenen zu beschäftigen, so daß der Ems-Vechte Kanal größere Dimensionen angenommen und höhere Kosten verursacht hat, als vielleicht zweckmäßig war. Der Anschluß an das holländische Kanalnetz ist aber andererseits erreicht, ebenso die nöthige Vorfluth zur Abwässerung des Hochmoors geschaffen. Der Ausbau des Süd-Nord-Kanals ist immer als das letzte Stück des ganzen Werkes angesehen worden. Sollte eine Beschleunigung des Baues für zweckmäßig befunden werden, so ist eine Verstärkung des Fonds nothwendig. In den Plänen des hannoverschen Provinziallandtages liegt allerdings in dieser Beziehung ein Novum.

Darauf geht der Antrag an die Budgetkommission.

Zur Förderung der Land- und Forstwirthschaft im Eifelgebiet werden als dritte Rate 300 000 M. gefordert.

Abg. Wehr bittet, die Forderung zu bewilligen, ersucht zugleich aber auch den Minister, der nicht minder als das Eifelgebiet, bedürftigen Distrikte in den östlichen Provinzen zu gedenken.

Minister Lucius erwidert, daß das bisher bereits geschehen sei. Wenn für dieselben die Mittel durch ein besonderes Gesetz nicht gefordert seien, so erkläre sich das daraus, daß bis jetzt die ordinären Fonds genügende Mittel für diesen Zweck gegeben hätten. Die Staatsregierung ist sich immer bewußt gewesen, daß sie die gleichen Rücksichten wie auf den Westen auf den Osten zu verwenden habe.

Abg. Berger zweifelt nicht, daß die Regierung bei ihrer Unterstützung nothleidender Gebiete mit ausgleichender Gerechtigkeit verfährt, wünscht aber, daß auch die Hochländer des Hundsrückens und des Westerwaldes Berücksichtigung erfahren, und zwar richtet er diese Bitte vor Allem an den Minister für öffentliche Arbeiten. Den landwirthschaftlichen Meliorationen müssen Eisenbahnbauten zur Seite gehen. Man spricht immer von den gesegneten Rheinlanden, aber so viele sterile Länderstriche wie in der Rheinprovinz giebt es anderwärts kaum.

Abg. Wehr richtet nochmals die Aufmerksamkeit des Ministers auf die kassubischen Höhenkreise und ersucht zugleich, im nächsten Jahre eine Nachweisung darüber vorzulegen, wie sich die für Aufforstung von Oedländereien ausgeworfenen Gelder auf die einzelnen Provinzen vertheilen.

Der Titel wird bewilligt, ebenso der Rest des Extraordinariums.

Beim Etat der Gestütverwaltung regt Abg. von Busse (Zischortau) die Rückverlegung des Hengstdepots von Neustadt a. D. in die Provinz Sachsen an.

Minister Lucius erwidert, daß er sich früher, wo dringendere Bedürfnisse vorlagen, gegen die Rückverlegung des Hengstdepots erklärt habe. Jetzt, wo diese Bedürfnisse befriedigt seien, würde die Rückverlegung auf eine Domaine in der Nähe von Halle in Erwägung gezogen werden.

Der Etat der Gestütsverwaltung wird unverändert genehmigt.

Schluß 3¼ Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch, 12 Uhr. (Etat.)

Lokales.

cr. **In der freireligiösen Gemeinde** findet heute Abend die Wahlversammlung für den neuen Vorstand statt. Wir verweisen unsere Leser, welche Mitglieder der freireligiösen Gemeinde sind, auf den in der heutigen Nummer enthaltenen Bericht über die letzte Versammlung derjenigen Mitglieder, die mit der Geschäftsführung des bisherigen Vorstandes nicht einverstanden waren. Es geht aus demselben hervor, daß in der Leitung der Gemeinde entschieden nicht Alles so ist, wie es sein sollte, und daß die Opposition eine nach jeder Richtung hin berechtigte ist. Die Opposition stützt sich auf ihr gutes Recht, daß sie da mitrathen will, wo sie mitthaten muß. Es handelt sich, soweit wir unterrichtet sind, hauptsächlich um die Verwaltung des nicht unbeträchtlichen Gemeindevermögens. Unter allen Umständen muß den Mitgliedern die unbestritiene, ausgiebigste Möglichkeit geboten werden, in alle Verwaltungsangelegenheiten einen unbeschränkten Einblick zu nehmen. Sobald dies nicht geschieht, entsteht folgerichtig der Verdacht, daß von den mit der Verwaltung der Gelder betrauten Personen Dinge vorgenommen werden, welche das Licht der Oeffentlichkeit zu scheuen haben. In ihrem eigenen Interesse hätten daher die bisherigen Mitglieder des Vorstandes dafür sorgen müssen, daß auch der Gegenpartei die Möglichkeit gegeben wird, sich thatsächlich an der Geschäftsverwaltung der Gemeinde betheiligen zu können. Um so befremdlicher muß daher die Notiz erscheinen, die wir in der Sonntagsnummer der „Volkszeitung" fanden. Dieselbe lautet:

> „Freireligiöse Gemeinde. Von glaubwürdiger Seite geht uns über die Vorgänge in der Gemeinde folgende Notiz zu: „Es hat sich eine sozialdemokratische Koterie gebildet, welche die Vermögensverwaltung an sich reißen will; am 18. d. haben erwiesenermaßen eine größere Anzahl Unberechtigter an der Vorstandswahl mitgewirkt, daher die Ungiltigkeits Erklärung; der Bericht im „Berl. Volksblatt" über die Versammlung am 25. d. M. enthält thatsächlich Unrichtigkeiten und Uebertreibungen; die besonnenen Mitglieder empfehlen die Wiederwahl des bisherigen Vorstandes mit Ausnahme eines der Koterie angehörigen Sozialisten als Bibliothekar Herrn Borcherdt. Die Wahlen finden am 2. und 9. Febr. pünktlich 8 Uhr Abends im Saale des Handwerker-Vereins, Sophienstraße 15, statt. Nach dieser objektiven Darstellung werden die stimmberechtigten Mitglieder wohl wissen, was auf dem Spiele steht."

Bevor wir auf die Sache selbst eingehen, wollen wir unseren fremdwörterunkundigen Lesern mittheilen, daß das Wort Koterie sich mit den besser verständlichen deutschen Ausdrücken „Klatschgesellschaft, Sippschaft" deckt. — Abgesehen von den Denunziationen, die in den obigen Zeilen enthalten sind, und die wenig mit den Prinzipien der Humanität und Toleranz, welche doch in einer freireligiösen Gemeinde herrschen sollten, in Einklang zu bringen sind, scheint es der Verfasser der Notiz mit der Wahrheit nicht ganz genau zu nehmen. Uns wird von mindestens ebenso glaubwürdiger Seite mitgetheilt, daß bisher nur eine einzige Person ermittelt ist, die nicht mit voller Berechtigung an der Vorstandswahl mitgewirkt hat. Weshalb daher in der Notiz die Mehrzahl angewendet wird, ist nicht verständlich, jedenfalls aber spricht man nicht nur deshalb im Plural, damit es sich schöner anhört. „Die sozialdemokratische Koterie", von welcher in so liebenswürdiger Weise gesprochen wird, handelt einfach wie es sich für klardenkende, zielbewußte Mitglieder irgend einer Körperschaft ziemt. Ob sie die ganze Vermögensverwaltung an sich reißen will, wissen wir nicht, wenn sie es aber thäte und wenn es ihr gelänge, würde sich die Gemeinde aller Wahrscheinlichkeit nach nicht schlechter dabei stehen. Jedenfalls wollen die sozialdemokratischen Mitglieder der Gemeinde Theil nehmen an der Handhabung der Kassengeschäfte, und haben dieselben nicht alle Berechtigung hierzu? Sie bezahlen ihre Beiträge doch ebenso gut wie die Mitglieder der freireligiösen Gemeinde, welche anderen politischen Parteien angehören, und es ist ein ziemlich starkes Stück, daß man gerade die Sozialdemokraten in einer nahezu despotischen Weise unterdrücken will. Die Verhältnisse liegen in der freireligiösen Gemeinde augenblicklich nicht so, daß man zum allgemeinen Austritt auffordern könnte, es ist im Gegentheil gerade jetzt durchaus geboten, daß Männer mit prüfendem, kritischem Blick sich in derselben befinden. Daß in der freireligiösen Gemeinde Zustände herrschten, die zu berechtigter Unzufriedenheit Veranlassung gaben, ist uns seit langer Zeit bekannt; man hat z. B. langjährige Mitglieder, die nur einen Schein von Opposition zeigten, einfach ausgestoßen. Auch in dieser Beziehung wird die „sozialdemokratische Koterie" Wandel zu schaffen beschlossen haben, und sie thut sehr recht daran. Es kann deshalb nur gewünscht werden, daß die Agitation gegen die intoleranten Faktoren von recht reichem Erfolge begleitet sei, und hoffen wir, daß man in Zukunft weder in der freireligiösen Gemeinde noch sonst irgendwo von einer „sozialdemokratischen Koterie" zu sprechen wagen wird.

Eine sehr angestrengte Thätigkeit hatte die Feuerwehr in der Nacht zum Sonntag auf dem Grundstück Torfstraße 7 zu entfalten. Von einem hervorragend günstigen Löscherfolge begleitet, fehlte jedoch bedauerlicherweise auch die Schattenseite nicht. Der Oberfeuermann Hannebohm ist von einer einstürzenden Giebelwand getroffen worden und hat außer Verwundungen im Gesicht und an den Händen einen Bruch des linken Oberschenkels erlitten; der Verunglückte wurde in das Augusta-Hospital übergeführt. — Ueber den Brand selbst ist folgendes zu berichten: Das Grundstück, der Aktiengesellschaft für Ofenfabrikation — vormals Gebrüder Dankberg — gehörig, dient vorwiegend industriellen Zwecken und befinden sich auf demselben neben einem kleinen Wohnhause eine Anzahl einstöckiger Baulichkeiten, von welchen die größere eine Gipsmühle, deren Betrieb durch Dampf erfolgt, und das Kesselhaus enthält. In dieser Mühle war das Feuer entstanden; es ist erst spät wahrgenommen worden und da wegen der weiten Entfernung der Brandstätte von der nächsten Meldestelle auch noch eine wenigstens für hiesige Verhältnisse beträchtliche Zeit verstrich, so langten die ersten Löschzüge der um 10 einhalb Uhr alarmirten Feuerwehr erst an, als das Mühlengebäude bereits in seinem gesammten Umfange in Flammen stand. Bei dieser Sachlage hatten die Miether des nahe angrenzenden Wohnhauses es für gerathen gehalten, ihre Wohnungen zu verlassen und die werthvollsten Sachen in's Freie zu schaffen; auf's Aeußerste gefährdet waren außerdem einige in unmittelbarer Nachbarschaft liegende Lagerräume. Diese sämmtlichen Baulichkeiten sind jedoch erhalten geblieben, während die Mühle sammt dem Kesselhause in einen Trümmerhaufen verwandelt worden ist. An dem Löschgeschäft waren eine Dampfspritze und zwei Handspritzen betheiligt; dasselbe war gegen 1 Uhr früh im Wesentlichen beendet; Aufräumungsarbeiten erforderten jedoch noch bis zum Sonntag Vormittag gegen 9 Uhr die Thätigkeit mehrerer Abtheilungen. Die Entstehungsart des Feuers ist unaufgeklärt geblieben. Ein zweiter größerer Brand gelangte gestern Morgen gegen 7½ Uhr zur Meldung; er hatte seine Stätte auf dem Dachboden des Quergebäudes Schmidstraße 37 und ist erst wahrgenommen worden, als die Flammen sich bereits durch das Dach Bahn gebrochen hatten. Beim Eintreffen der Feuerwehr sah es deshalb schon recht bedenklich aus. Trotzdem gestaltete sich im Verlaufe der Löscharbeiten die Sache nicht so schlimm, als es anfänglich geschienen, da die Wirkungen der Gas- und Dampfspritze, welche von zwei Handdruckspritzen assistirt wurde, ausreichten, um in etwa 1½stündiger Thätigkeit das Feuer zum Erlöschen zu bringen.

Eisenbahnunglück. Zwischen Brandenburg und Wustermitz trug sich am Freitag Vormittag ein schreckliches Eisenbahnunglück zu. Drei dort auf dem Schienengeleise beschäftigte Streckenarbeiter sahen einen Güterzug, von Brandenburg kommend, herannahen und begaben sich, ihm ausweichend, auf das andere Geleise. Der Güterzug brauste vorüber und verursachte einen starken Dampf, so daß die drei Arbeiter, welchen infolge dem durch eine an dieser Stelle befindliche Kurve die Aussicht beschränkt war, den von Magdeburg kommenden Kourierzug, der Vormittags 10 Uhr 44 Minuten in Berlin eintrifft, nicht herannahen sahen, von diesem überfahren und alle drei getödtet wurden. — Ein ebenso entsetzlicher Unglücksfall hat sich Sonntag Abend auf dem hiesigen Stadtbahnhofe Friedrichstraße ereignet. Der in der Behrenstraße 33 wohnende Dr. Goldschmidt hatte sich am Sonntag Abend mit seinem Diener nach dem genannten Bahnhof begeben, um von dort mit dem um 6 Uhr 40 Minuten abgehenden dampfenden Zuge nach Görlitz zu fahren. Der Diener, der seinem Herrn ins Koupee gefolgt war, hatte einzelne Gepäckstücke zu ordnen, hatte dabei das dritte Glockensignal überhört; als der Zug bereits in Bewegung war, versuchte der Diener herauszuspringen. Hierbei wurde er — der Zug hatte inzwischen den Uebergang über die Friedrichstraße erreicht — von der Thür erfaßt, zu Boden geworfen und derart auf den Bahnkörper geschleudert, daß die sämmtlichen nachfolgenden Wagen ihm über den Unterleib gingen, und den Körper fast vollständig in zwei Theile schnitten. Während der Zug davonsauste, brachten Bahnbeamte die entsetzlich zugerichtete Leiche auf den Perron, wo bei derselben auf den Namen Wilhelm Lange lautende Legitimationspapiere und 100 M. baarem Gelde vorgefunden wurden. Nachdem durch den herbeigerufenen Stationsvorsteher der vorläufige Thatbestand festgestellt und die Revierpolizei benachrichtigt worden war, erfolgte die Ueberführung der Leiche nach dem Obduktionshause.

Zur Kontrolirung der Fahrgeschwindigkeit der Eisenbahnzüge sind schon vor mehreren Jahren auf der Havelbrücke der Hamburger Eisenbahn Vorrichtungen angebracht worden, die nach dem Stationsgebäude auf elektrischem Wege melden, wann der Zug auf der Brücke anlangt und wann er dieselbe wieder verläßt. Zu demselben Zweck hat die Betriebsverwaltung der Lehrter Eisenbahn auf der Strecke von Berlin bis hier für die Lokomotivführer besondere Kontrolapparate anbringen lassen. Ein solcher besteht dem „Anz. H." zufolge aus einem kleinen, neben den Schienen angebrachten eisernen Kasten, aus dem zwei Stäbe hervorragen. Auf ihnen ruht in wagerechter Lage ein dünner Eisenstreifen, der etwas über die Schienen hinausragt und von jedem der vorbeirollenden Räder berührt wird. So oft dies geschieht, wird es auf Stationsgebäude markirt. Auf der Strecke von Berlin bis zur sogenannten Blockstation bei der Abzweigung des Geleises nach Westend waren vor Jahr und Tag drei Kontrollapparate, von dort bis Spandau wieder drei namentlich in der Gegend von Kurven angebracht. Da die Fahrgeschwindigkeit für einzelnen Züge genau vorgeschrieben ist, so müssen die Lokomotivführer darauf achten, daß sie die Kontrolstationen in bestimmten Zeiträumen passiren.

Einem neuen verbrecherischen Industriezweige, für die Geschädigten ganz unabsehbare Folgen nach sich ziehen kann, ist man, hiesigen Blättern zufolge, vor Kurzem gänzlich zufällig auf die Spur gekommen. Bekanntlich wurden nach Wiener Theaterbrände eine Menge Sicherheitsmaßregeln für Theater und öffentliche Gebäude angeordnet, die im Interesse der Feuersicherheit zum Theil auch von Privaten übernommen wurden. Unter Anderem wurden verschärfte Maßregeln für die Kontrole des Wächterpersonals eingeführt. Die Polizei verpflichtete jeden Theaterinhaber, den Wächter, welchem die Bewachung des Theaters während der Nacht obliegt, mit einer Kontroluhr zu versehen. In der Uhr befindet sich ein Papierstreifen, welcher sich mit dem Räderwerk langsam vorwärts bewegt. So oft nun die Uhr mit einem eigens zu diesem Zweck bestimmten Schlüssel geschlossen wird, so oft wird der Papierstreifen durchlöchert, und zwar je nach der Form des Schlüssels mit einem runden, oder drei- resp. viereckigen Loch, eventuell auch in Buchstabenform. Zu jeder Uhr gehören verschiedene Schlüssel. Letztere sind mit eisernen Ketten an die Wand festigt, sie können also von der gegebenen Stelle nicht entfernt werden. Die Zahl der Schlüssel und ihre Plazirung ist derart, daß der Wächter, um die Uhr mit allen vorhandenen Schlüsseln aufzuziehen, sämmtliche Räume des Theaters passiren muß. Aus den Zwischenräumen zwischen den einzelnen Zeichen im Papierstreifen ergiebt sich nun die Zeit, in welcher die Uhr mit jedem einzelnen Schlüssel geschlossen, resp. in welcher der Wächter an der betreffenden Stelle war. Die Uhr wird an jedem Abend mit einem neuen Papierstreifen versehen. Diese Streifen werden am anderen Tage wieder herausgenommen, in ein Buch geklebt und allmonatlich der Polizei zur Revision eingereicht. Die Kontrole ist demnach eine amtliche, und die Streifen haben den Werth der Urkunde. Vor kurzer Zeit stieg nun in Inspektor eines hiesigen Rauchtheaters der Verdacht auf, der Wächter unerlaubte Manipulationen mit der Kontrolle vornehme. Um den Wächter auf die Probe zu stellen, nahm der Inspektor einen der Schlüssel von der Kette los. Am nächsten Tage die Uhr geöffnet wurde, fand sich das Bedenken des fehlenden Schlüssels im Streifen vor. Der Wächter behauptete, richtig geschlossen zu haben, mußte sich aber an Ort und Stelle überzeugen, daß der eine Schlüssel fehlte. In Enge getrieben, gestand er, daß er bei einem „Uhrmacher und Mechaniker" abonnirt sei, der das Geschäft gewerbsmäßig betreibt, den Privatwächtern die Kontroluhren aufzuziehen. Das Abonnement beträgt wöchentlich 2 M. Der Wächter hat gegen dieses „Abonnement" den Vortheil, daß er seine Nachtruhe

halten kann, am Morgen kommt der betreffende Geschäftsmann, schließt mit einem Nachschlüssel die Uhr auf, bringt den Streifen in Ordnung, schließt wieder zu, und der Wächter hat den Beweis „treuer Wachsamkeit" in der Tasche. Der betreffende Wächter, der seine Stelle Jahre lang bekleidete, ist sofort entlassen worden, und man hofft, den noch unbekannten Industrieritter zu ermitteln.

Nachspiel zum Prozeß Graef. Der Modellsteher Hammermann und der ebenfalls aus dem Graefe-Prozeß bekannte Stellmacher Kühnle sind mit der Darstellung, welche Paul Lindau in „Nord und Süd" von den Verhandlungen gegeben hat, nicht einverstanden gewesen, sie haben sich vielmehr beleidigt gefühlt und den Verfasser des Aufsatzes, wie die Wochenschrift „Das Neue Berlin" mittheilt, vor den Schiedsmann laden lassen. Paul Lindau ist dieser Aufforderung nicht gefolgt. Schon vorher hatte Hammermann an den Herausgeber von „Nord und Süd" eine Postkarte gerichtet, auf welcher dem Verfasser des Prozeß-Aufsatzes bereits mit einer Klage gedroht wurde.

ar. **Eine überaus raffinirte Schwindlerin**, welche unter dem Namen einer Frau von Wolffshagen auftritt, treibt gegenwärtig in Berlin O. ihr unsauberes Handwerk. Die Person, welche ihrem eleganten Aeußeren nach einen durchaus vornehmen Eindruck macht, hat sich für ihre Brandschatzungen hauptsächlich ärmere Zimmervermietherinnen ausersehen; sie bleibt diesen nicht nur Wohnungsmiethe und Kostgeld schuldig, sondern entleiht von ihnen noch obendrein größere und kleinere Beträge, mit denen sie dann spurlos verschwindet. Irgend welche Habseligkeiten besitzt diese Frauensperson nicht; sie weiß beim Einzuge in die betreffende Wohnung die Wirthin über diesen auffallenden Mangel dadurch zu täuschen, daß sie vorgiebt, ihre Koffer aus Königsberg zu erwarten wo ihr Vater ein angesehener hoher Beamter sei. Natürlich stellen sich diese Angaben bald als vollständig unwahr heraus. Das letzte Opfer der Schwindlerin ist eine Frau W. in der Kurzestraße. Man hat es hier jedenfalls wieder mit einer Abenteuerin zu thun, welche eine polizeiliche Meldung zu scheuen hat, denn die angebliche Frau von Wolffshagen hat selten ihr jedesmaliges Logis länger als 8 Tage inne.

Ueber das allgemeine geheime Wahlrecht läßt im „Deutsch. Tagbl." eine konservative Stimme einen Unkenruf ertönen, der recht bezeichnend für konservative Anschauungen ist und wohl verdient etwas niedriger gehängt zu werden. Der Einsender der betr. Abhandlung über die Frage: „Wem legen wir unser Schicksal, das Schicksal der Nation in die Hände?" kommt nämlich zu folgendem ergötzlichem Schlußpassus: „Das allgemeine geheime Wahlrecht ist nicht abzuschaffen, aber wir können unreifen, unerfahrenen und abhängigen Leuten nicht das Schicksal des Reichs und vieler Millionen Einzelner zu befriedigen Versuchen übergeben. Die Erfahrung, die heute nothwendig ist, wird kaum mit 50 Jahren erworben. Der Urwähler muß dieses reife oder ein höheres Alter haben; die Thatkraft ist im Allgemeinen am fruchtbarsten zwischen 50 und 60 Jahren, weil sie mit der Sicherheit der Erfahrung ausgerüstet ist. Ist es nicht ein entsprechendes Zeugniß für die Aenderung der Anschauungen durch vorschreitende Erfahrung, daß im Allgemeinen der halbgebildete Mann in jungen Jahren Republikaner, später Parlamentarier, dann konstitutionell, dann konservativ und endlich gar reaktionär wird? Wir wünschen das Mittel zwischen 25 und 75, halten 50–60 Jahre für die Zeit der gereiften Erfahrung des Urwählers und glauben, dies sei die Rettung unserer gesunkenen parlamentarischen Zustände. Unter 50 Jahre kein Urwähler!" — Etwas hinzuzufügen, hieße die Wirkung abschwächen.

Gerichts-Zeitung.

Landesverrathsprozeß Sarauw-Röttger.

B. C. **Leipzig**, 1. Februar. Vor dem vereinigten II. und III. Strafsenat des Reichsgerichts unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten Drenkmann begann heute, am Montag, die auf etwa vierzehntägige Dauer berechnete Verhandlung der auf Landesverrath lautenden Anklage gegen den dänischen Kapitän z. D. Friedrich Konrad Sarauw, 60 Jahre alt, unbestraft, und den Literaten Christian Wilhelm Rudolph Röttger aus Mainz, 62 Jahre alt, viermal wegen Beleidigung bestraft. Es hatten sich nur wenige Zuschauer eingefunden, im Vorraum nahm der frühere Thronfolger Prinz August von Sachsen Platz. Den Vorsitz im Gerichtshofe führt der Senatspräsident Drenkmann, die Reichsanwaltschaft ist durch die Reichsanwälte v. Wolff und Treplin vertreten. Sarauw wird von den Rechtsanwälten Munckel und Wolfgram aus Berlin, Roettger von dem Rechtsanwalt Dr. Schmidt aus Mainz vertheidigt. Außer einer Anzahl von Zeugen sind 6 Offiziere vom Kriegsministerium und dem Großen Generalstabe in Berlin als Sachverständige vorgeladen. Gleich nach Eröffnung der Verhandlung wurde auf Antrag des Reichsanwalts beschlossen, die Oeffentlichkeit während der ganzen Dauer der Verhandlung auszuschließen, da durch die Oeffentlichkeit der Verhandlung die öffentliche Ordnung gefährdet werden könnte. Die gegen Sarauw erhobenen Anschuldigungen beziehen sich, wie anderweitig verlautet, vornehmlich auf seine Thätigkeit als Hauptkorrespondent bei dem französischen „Nachrichten-Vermittlungs-Bureau", an dessen Spitze der Däne Hansen stand, während die militärische Abtheilung von dem Polen Kosilowski geleitet wurde. Beide standen wieder im laufenden Verkehr mit dem Sekretär des französischen Generalstabes, früher einem Major Geizot, später Vincent. Die Eintragungen im Bureau erstreckten sich auf die verschiedenartigsten Gebiete, z. B. „Zusammensetzung der deutschen Armeekorps", „Arbeiten auf den Werften des „Vulkan" u. s. w. Sarauw besorgte als Hauptkorrespondent die Geschäfte des Bureaus für das mittlere Deutschland und die Marineangelegenheiten, beschäftigte dabei Unterkorrespondenten in Kiel, Wilhelmshaven, Stettin, Berlin, Mainz, München und bezog monatlich etwa 5 bis 6000 Frcs., wofür er auch die Unterkorrespondenten bezahlte. Seine Thätigkeit erstreckte sich übrigens auch auf das Ausland. Er hatte in Kopenhagen seinen ordentlichen Wohnsitz, hielt sich aber auch oft längere Zeit in Mainz, Kiel, Hamburg, Berlin und anderen Orten Deutschlands auf, wo er, wie namentlich in München, öfters mit Hansen zusammentraf. Im August 1884 erlangte er brieflich von dem Bureau größere Geldsummen „zur Werbung von Korrespondenten", und damit er in einer Weise auftreten könne, die den „Leuten imponirte und sie zutraulich macht". Arbeiten über „Brückentrains" stammen aus dieser Periode. In Hamburg erhielt er im Dezember 1884 Aufträge des Bureaus, Arbeiten über „Pulver" auszuführen und dann in Berlin Erkundigungen über die Kurse auf der Kriegsakademie einzuziehen, ferner Berichte über die Artillerie-Prüfungs-Kommission, die Artillerie-Schießschule und über Repetirgewehre einzusenden. Er machte von Berlin auch Mittheilungen über Schießversuche und unterirdische Kabelstrecken nach Paris. In Berlin traf er auch mehrfach mit dem Oberfeuerwerker T., der ihm längere Zeit Nachrichten zutrug, zusammen. Gegen T. schwebt gegenwärtig noch die Untersuchung wegen Landesverraths. Ferner korrespondirte S. über militärische Angelegenheiten mit dem Büreaugehilfen J. in Wesel, wie er denn auch, wie sich aus dem Prozeß Jansens und den Akten gegen von Kraszewski und Hentsch ergeben, mit letzterem ebenfalls in Verbindung gestanden hat. Hentsch hatte bekannt, daß sich im Jahre 1881 ein Schriftsteller Madsen in Kopenhagen unter Berufung auf den bekannten Adler (politischer Agent in Wien, mit dem Hentsch in Verbindung stand) brieflich an ihn um Mittheilungen gewandt habe, worauf er (Hentsch) ihm die gleichen Berichte wie die an Adler übersandte. Madsen und Sarauw sind aber, wie von der Anklagebehörde angenommen wird, identisch. Die Wittwe des Hentsch erhielt übrigens von Sarauw eine Pension von etwa 125 Fr. monatlich. Sarauw, der seit 12 Jahren mit dem genannten Büreau in Verbindung steht, hat demselben, wie von der Anklagebehörde angenommen wird, seit 1881 über 300 Nachrichten, welche deutsche militärische Angelegenheiten betreffen und theilweise eine große Schädigung der militärischen Interessen des Deutschen Reichs enthielten, zugetragen. Dieselben bezogen sich auf Festungen, Landsturm, Schwatzkopff'sche Torpedos, Munitionsfuhrparke, Belagerungstrain, Mobilmachung, Garnisonen an der Ostsee, Artilleristisches, prismatisches Pulver, Munitionslieferungen an China u. s. w. Ganz spezielle Fürsorge wurde den Versuchsergebnissen der Artillerieprüfungs-Kommission, den „geeigneten Landungsplätzen", den Küstenwerken von Cuxhaven, den Festungen Magdeburg, Swinemünde, Spandau, Kolberg, sodann den Panzerkaponieren für Sperrforts, dem der Schießplatzverwaltung zu Jüterbogk aufgegebenen Bau des „massiven Festungsziels", dem Sturmgeräth zur Erstürmung von Festungen und den Details der geplanten Einführung eines Repetirgewehrs zugewandt. Manche „Skizzen" wurden dem S. mit 1400–2000 Franks honorirt. Das Ergebniß der Untersuchung gegen Sarauw führte gegen denselben zu der Anklage, daß er Festungspläne und solche Nachrichten, von denen er wußte, daß ihre Geheimhaltung einer anderen Regierung gegenüber für das Wohl des Deutschen Reichs oder eines Bundesstaates erforderlich ist, der französischen Regierung mitgetheilt zu haben, 2) den Entschluß dieses Verbrechen zu verüben, durch Handlungen bethätigt zu haben, welche einen Anfang der Ausübung des Verbrechens enthalten. (§§ 92 und 93 des St. G.-B.) Das Vermögen des S. wurde darauf vorläufig mit Beschlag belegt und derselbe in Haft genommen. Die Anschuldigungen gegen Röttger sollen sich im Allgemeinen darauf beziehen, daß er dem S. bei Begehung von dessen Verrätherei wissentlich Hilfe geleistet. Röttger war auf Grund einer Annonce, worin ein politisch-militärischer Zeitungs-Korrespondent gesucht wurde, mit Sarauw in Verbindung gekommen und lieferte demselben seit 1884 gegen bestimmtes Honorar Korrespondenzen. Letztere enthielten namentlich Beschreibungen der Festung Mainz, Mittheilungen über Selbstverpflegung der Truppen, Rekrutirung, Transportwesen, Wachtdienst, Bestrafung des Majors Steinmann, neue Generale, Nachforschungen nach sozialistischen Schriften, Behandlung der Soldaten, Desertionen, Telegraphenverbindung mit Berlin und Mainz, Befestigung von Köln u. s. w.

B. C. **Der Strafsenat des Kammergerichts** fällte am Donnerstag eine für die Frage, ob und inwieweit Hausbesitzer zur Beleuchtung der Häuser verpflichtet sind, höchst wichtige Entscheidung, welcher folgender Thatbestand zu Grunde liegt. Unterm 1. April 1885 hatte der Polizeipräsident zu Magdeburg eine Verordnung erlassen, welche bestimmte, daß mit Eintritt der Dunkelheit bis 10 Uhr Abends alle zu den Wohnungen führenden Räume: Hausflur, Treppen und Korridore, mit hinreichender Beleuchtung versehen sein müssen und daß für Erfüllung dieser Vorschrift die Hauseigenthümer bei Strafe verantwortlich seien. Wegen Uebertretung dieser Verordnung war der Hausbesitzer Lange zu Magdeburg zu 3 Mk. Strafe verurtheilt worden. In der von ihm gegen die Entscheidung der dortigen Strafkammer beim Kammergericht als höchsten Landgerichtshof eingelegten Revision führte sein Vertreter, Rechtsanwalt Kauffmann, aus, daß die gesetzliche Regelung der Beleuchtungsfrage gewiß sehr wünschenswerth sei, daß aber der von der Polizeiverwaltung eingeschlagene Weg doch wohl nicht als der richtige erscheine. Die betreffende Verordnung sei materiell ungiltig, da sie weder auf das Reichsstrafgesetzbuch noch auf landesgesetzliche Vorschriften gestützt werden könne. In § 367 Nr. 12 des Strafgesetzbuchs sei nur der, welcher in Häusern Keller, Gruben, Oeffnungen und dergleichen unverdeckt läßt, mit Strafe bedroht. Diese Bestimmung könne doch nicht ohne Weiteres auf Hausflure und Treppenaufgänge ausgedehnt werden, und bedürfe es hierzu einer Abänderung resp. Erweiterung des Gesetzes. — Das Kammergericht verwarf hierauf in Gemäßheit des Antrags der Oberstaatsanwaltschaft mit der Begründung die Revision, daß die Bestimmungen des Reichs-Strafgesetzbuchs über die Uebertretungen nicht erschöpfend seien, und daß die Polizeibehörden das Recht hätten, ergänzende Verordnungen zu erlassen. Dieselben könnten unter Umständen auch in das Privateigenthum eingreifen, wie dies z. B. in der Ofenklappenfrage vom höchsten Gerichtshof angenommen worden sei. Dies verstoße weder gegen das preußische Landrecht noch gegen die verfassungsmäßig garantirte Unabhängigkeit des Eigenthums; solche allgemeine Normen würden durch das öffentliche Sicherheitsinteresse eingeschränkt. Die betr. Polizeiverordnung sei also rechtsgiltig.

Die bereits zweimal vertagte Anklagesache gegen den Redakteur der „Volks-Zeitung" Hermann Holdheim wegen Beleidigung des Reichskanzlers Fürsten Bismarck gelangte heute wiederum vor der ersten Strafkammer hiesigen Landgerichts I zur Verhandlung. Inkriminirt ist der „Aus Anlaß der Diätenklagen" überschriebene Leitartikel in Nr. 205 vom 3. September v. J., in welchem u. A. dem Empfang von Parteidiäten die dem Reichskanzler zu seinem 50jährigen Jubiläum gewährte Dotation gegenübergestellt und behauptet worden ist, daß es keinem Liberalen eingefallen sei, den § 331 St.-G.-B. betreffs der Annahme von Geschenken für in sein Amt einschlagende nicht pflichtwidrige Handlungen etwa zur Anwendung gebracht sehen zu wollen. Im letzten Termine hatte der Vertheidiger Rechtsanwalt Cassel unter Berufung auf das Zeugniß des inzwischen verstorbenen Dr. Phillips unter Beweis gestellt, daß dieser und der Angeklagte den inkriminirten Artikel auf das Sorgfältigste geprüft und zu dem Resultat gekommen seien, daß er eine Beleidigung des Fürsten Bismarck nicht enthalte. Daraus folgerte der Vertheidiger die Straffreiheit des Angeklagten mangels des erforderlichen Bewußtseins für den Fall, daß der Gerichtshof eine objektive Beleidigung in dem Artikel finden sollte. Der Gerichtshof hatte damals die Erheblichkeit dieses Antrags anerkannt und deshalb die Sache behufs Ladung des Dr. Phillips vertagt. Zum gestrigen Termine hatte der Vertheidiger als Ersatz für den verstorbenen Zeugen Dr. Ph. den Dr. Otto Hermes und den Schriftsteller Franz Mehring laden lassen. Beide Zeugen bekundeten auch, daß der verstorbene Dr. Ph. ihnen mitgetheilt hatte, daß er und Redakteur Holdheim den fraglichen Artikel auf das Sorgfältigste geprüft und die Aufnahme erst veranlaßt haben, nachdem sie von dessen Unverfänglichkeit völlig überzeugt gewesen seien. Staatsanwalt Heinemann erachtet die Beleidigung für ebenso unzweifelhaft als das Bewußtsein des Angeklagten von dem beleidigenden Charakter des Artikels. Bei der Schwere der Beleidigung und der hohen Stellung des Beleidigten beantrage er eine Gefängnißstrafe von 3 Monaten. (Im ersten Termin hatte Staatsanwalt Haack 4 Monate beantragt.) Rechtsanwalt Cassel plaidirte aus objektiven und subjektiven Gründen für Freisprechung des Angeklagten. Der Gerichtshof verurtheilte denselben zu sechs Wochen Gefängniß.

Soziales und Arbeiterbewegung.

Zum Streik der Arbeiter der Wolther'schen Metallschleiferei erhalten wir folgende Zuschrift: Geehrte Redaktion! In Bezug auf den von Herrn Wolther in Nr. 26 des „Berliner Volksblatt" vom 31. Januar veröffentlichten Bericht gestatten Sie uns wohl etwas näher auf den Sachverhalt einzugehen. Wer den Bericht gelesen, mag vielleicht zu der Annahme kommen, daß die Arbeiter aus purem Uebermuth und Leichtsinn den Streik vom Zaun gebrochen haben. Die Kommission sieht sich daher gezwungen, die Sache näher zu beleuchten. Dem Prinzip der Innungsmeister getreu, suchte Herr Wolther durch die Ausnutzung jugendlicher, billigerer Arbeitskräfte sein Geschäft zu heben. Einen Arbeiter, der die Qualifikation eines Metallschleifers besaß und jahrelang bei einem andern Meister gearbeitet hat, stellte er für den Lohn von 12 M. wöchentlich ein. Da derselbe aber thatsächlich das Doppelte verdiente, mußten wir befürchten, daß noch mehr solcher billigen Arbeitskräfte eingestellt würden, wodurch wir vielleicht vollständig überflüssig geworden wären. Durch eine solche „Musterkonkurrenz" wären aber auch andere Meister zu gleicher That gezwungen worden. Dem entgegenzutreten hielten wir uns im Interesse der Gesammtheit für verpflichtet, und mußte demzufolge Herr Wolther dem Betreffenden 18 M. Lohn pro Woche zahlen. Nachträglich ließ er diesen eingeübten Arbeiter zur Charakteristik des Innungswesen, in die Innung als Lehrling aufnehmen. Hatten wir nun schon dadurch den Zorn des Herrn Wolther auf uns geladen, so geschah dies noch mehr, als wir uns weigerten, nach Feierabend zu arbeiten, was uns kein ehrlicher Mann verdenken kann, da die Schleiferei eine der allerungesundesten Berufsarten ist und außerdem viel Kollegen arbeitslos auf der Straße lagen. Dafür suchte uns Herr Wolther nun dadurch zu maßregeln, daß er mehr Leute einstellte und den neuen Arbeitern die bestbezahlteste, den alten Arbeitern die schlechtbezahlteste Arbeit gab. Dem gegenüber verlangten wir nun am 9. November vor. Js. auf die schlechtbezahlte Arbeit 10 pCt. Zulage (die uns vor ca. zwei Jahren, wo wir noch unorganisirt waren, abgezogen wurden), was uns bewilligt wurde. Obgleich Herr Wolther sich schriftlich auf Ehrenwort verpflichtete, keinen Arbeiter wegen Stellung der Forderung zu maßregeln, erklärte er schon im vorigen Jahre zu einigen Meistern, daß er in diesem Jahre seine sämmtlichen Arbeiter „rausschmeißen" würde. Was die Lohnverhältnisse im Allgemeinen anbetrifft, so wird allerdings in Anbetracht des riesigen Schmutzes und der großen Gesundheitsschädlichkeit der Arbeit in dieser Branche ein etwas höherer Lohn erzielt, als in etlichen anderen Berufsarten. Bei Herrn Wolther betrug der Verdienst im vorigen Jahre bis nach Ostern ca. 15 M. bis im Spätsommer abwechselnd ca. 20 bis 30 M. und im Winter zirka 6 Wochen lang für drei Arbeiter bei einer riesigen Ueberanstrengung manchmal ca. 40 M. Es existirt kaum eine Schleiferei, wo so anstrengend gearbeitet wird, wie bei Hrn. Wolther. In Anbetracht der jetzigen Geschäftskrise ist von Seiten der Streikenden alles versucht worden, um den Streik auf gütlichem Wege beizulegen. So wollten dieselben auf die zugelegten 10 pCt. verzichten und außerdem sich von sämmtlichen Arbeiten 5 pCt. abziehen lassen, was jedoch von Herrn Wolther nicht angenommen wurde. Ueberdies müssen wir uns sehr wundern, daß man uns der Unwahrheit bezichtigt und die Oeffentlichkeit in Anspruch nimmt, da doch die am 19. Januar in der „Urania" stattgefundene, sehr zahlreich besuchte Versammlung der Metallschleifer Berlins, in welcher Herr Wolther seine Argumente ebenfalls vorbrachte, einstimmig den Streik für gerecht, und sich mit den Streikenden unter der Bedingung solidarisch erklärte, daß dieselben auf der alten Forderung beharren, und die zugebilligte Lohnreduktion wieder zurückziehen. Die Lohnkommission der Metallschleifer Berlins.

Zum Branntweinmonopol. Beim Auftauchen des Tabakmonopols vor zwei Jahren war es Prof. Dr. Wagner, der erklärte, daß die Beiträge desselben für die Arbeiter verwendet werden sollten. Aber in der Regierungsvorlage selbst stand kein Wort von solcher Verwendung. Auf verschiedene Anzapfungen schwiegen sich im Reichstage die Regierungsvertreter gründlich aus. — Bei dem Branntweinmonopol spielt Professor Dr. Delbrück dieselbe Rolle, wie seiner Zeit Professor Wagner. Auch er deutete an, daß Erträgnisse aus dem Branntweinmonopol zur Errichtung einer Alterversorgung verwendet werden sollten. Davon steht aber in dem Gesetzentwurfe, der gegenwärtig dem Bundesrathe vorliegt, nichts. Beide Professoren der National-Oekonomie haben also eine keineswegs rühmliche Rolle gespielt, da sie, um das Volk für ein Monopol zu interessiren, Dinge vorgebracht haben, welche in der Wirklichkeit gar nicht vorhanden sind. Wir wollen annehmen unbewußt. Immerhin aber zeugt das von einer merkwürdigen Unwissenheit in Bezug auf reale Dinge und die Herren würden besser thun, sich nicht mit praktischer Sozialwissenschaft und Politik zu befassen. Und welchen Unfug haben sie angerichtet! So lieset man in konservativen Flugblättern wörtlich: „Alte Arbeiter und deren Familien erhalten aus dem durch das Monopol zu gewinnenden Gelde im Falle der Arbeitsunfähigkeit der ersteren eine jährliche Pension bis an ihr Lebensende und bei plötzlichem Tode des Familien-Ernährers für die Familien die Mittel, um die vaterlose Familie ernähren und erziehen zu können." — Das ist nun die professorale Phrase ins Volksthümliche übersetzt. — Es ist nur gut, daß die Arbeiter auf solchen Schwindel nicht anbeißen, so daß wir dieselben nicht erst ausdrücklich zu warnen brauchen.

Vereine und Versammlungen.

Verband deutscher Zimmerleute. (Lokalverband Berlin W.) Die erste Versammlung, welche am 29. Januar in Gründer's Salon, Schwerinstr. 26, unter Vorsitz des Herrn Loß tagte, war sehr gut besucht. — Zuerst referirte der Vorsitzende über den Zweck und die Ziele des Verbandes, welche dahin gehen, daß den Mitgliedern die nöthige Aufklärung in Wort und Schrift gegeben wird, da jetzt noch immer viele Zimmerleute nicht an ihre gedrückte Lage, die sie in der menschlichen Gesellschaft einnehmen, glauben. Durch praktische Vorträge in den Versammlungen und Erläuterungen, welche durch das Verbandsorgan „Die Zimmerkunst" gegeben werden, sollen die Zimmerer zu tüchtigen Gesellen ausgebildet werden. Noch besonders machte Redner auf den Rechtsschutz aufmerksam, welcher den Mitgliedern durch den Verband gewährt wird. — Hierauf folgte die Wahl des gesammten Vorstandes; die Herren Loß und Beyer wurden zu Vorsitzenden, Gampe zum Kassirer, König und Frommelt zu Schriftführern, Gotze und Clieme zu Revisoren, Ulm und Lopzert zu Kontroleuren gewählt. — Zu „Verschiedenes" sprachen mehrere Redner über die Versammlung, welche mit den Innungsmeistern und „Gesellenvertretern" stattgefunden hat, und riethen den Kameraden, fest zum Verband zu halten, dann würden auch die Ziele und Forderungen, welche die Gesellen aufgestellt haben, bald erreicht werden. Die Versammlung beschloß, die Verbandsversammlungen jeden 1. und 3. Montag im Monat in Gründer's Salon, Schwerinstr. 26, abzuhalten, und dieselben stets einen Tag vorher im „Berliner Volksblatt" bekannt zu machen. — Mit einem dreifachen Hoch auf das Gedeihen des Verbandes und auf die gerechten Forderungen der Zimmergesellen schloß die Versammlung.

th. **Eine Versammlung sämmtlicher Bauhandwerker und im Baufach beschäftigten Arbeiter** tagte unter Vorsitz des Tischler Frigge am 31. v. M. im Königstadt-Kasino, Holzmarktstraße 72, um über den projektirten Zusammenschluß aller Bauhandwerker zu einer großen gemeinsamen Organisation zu berathen. Trotz der warmen Befürwortung des Referenten Herrn Kunkel fand dieses Projekt in der Versammlung keinen Anklang, wurde als verfrüht bezeichnet und sprachen sich namentlich die Herren Schmitz (Tischler), Dietrich (Putzer), Darge (Zimmerer), Kreutz (Tischler), Thieme (Töpfer), Rennthaler (Steinträger), Miethe (Schlosser), Wilke (Maurer) und Andere dagegen aus. Die Nothwendigkeit einer festen gemeinschaftlichen Organisation wurde allgemein anerkannt, doch wurde darauf hingewiesen, daß es vor Allem nothwendig sei, alle indifferenten Arbeiter in den Fachvereinen zu vereinigen. Erst wenn dies geschehen, wenn die verschiedenen kleinen Vereine derselben Gewerkschaft in einen Verein verschmolzen wären, könne an eine Vereinigung Aller gedacht werden. So lange dies nicht geschehen, müsse an dem Ausbau der Fachvereine energisch gearbeitet werden und jeder Arbeiter

seinem betreffenden Fachverein beitreten. Wäre eine Gewerkschaft in Noth, so träten ohnehin die anderen für sie ein. So lange noch Lohn- und Akkordarbeit sich feindlich gegenüberständen, wäre an ein Zusammengehen nicht zu denken. Hier heiße es getrennt marschiren und vereint schlagen. Außerdem wurde darauf hingewiesen, daß die Behörde Schwierigkeiten in den Weg legen würde, da die Fachvereine vielfach als politische Vereine angesehen würden und aus diesem Grunde nicht, wie gewünscht wurde, mit einander in Verbindung treten dürften, daß somit die ganze Fachorganisation Gefahr liefe. Es wurde an den früheren „Arbeiterbund" erinnert, der auch ein todt geborenes Kind gewesen sei. Tischler Voigt war anderer Meinung. Er stellte die Alternative: entweder — oder! Wenn Fachvereine bleiben sollten, dann sollten diese auch etwas leisten. Hier könne nur etwas Großes helfen. Er beantragte demzufolge, eine Kommission aller Gewerkschaften zu wählen betr. Ausarbeitung eines Statuts für den Verband sämmtlicher Bauarbeiter. Dieser Antrag, sowie andere diesbezüglichen Anträge wurden jedoch abgelehnt. Herr Frigge betonte, daß die Versammlung keinen beschließenden, sondern nur einen berathenden Zweck habe, um die Meinung darüber zu hören, welche Wege einzuschlagen sind, um der Kapitalmacht wirksam entgegenzutreten. Zur Klärung dieser Angelegenheit wurde die bestehende Kommission beauftragt, demnächst, da das Kasino sich als viel zu klein erwiesen, in einem großen Lokale eine neue Versammlung für alle gewerkschaftlichen Arbeiter einzuberufen und wurden ihr die Mittel hierzu gewährt. Zur Annahme gelangte folgende Resolution: „Die heutige Versammlung der Bauhandwerker 2c. erklärt die Gründung eines Verbandes sämmtlicher Bauarbeiter für verfrüht, dagegen verpflichten sich sämmtliche Anwesende, dahin zu wirken, daß der Fachverein eines jeden Gewerks immer mehr gekräftigt werde, sowie den Anschluß an die Arbeiterbezirksvereine zu empfehlen." — Für die Handschuhmacher und Steinmetzen wurde eine Tellersammlung veranstaltet.

hr. **Im Verein zur Wahrung der Interessen der Klavierarbeiter** hielt Herr Gerisch einen Vortrag über: „Die griechische Sage im Anschluß an unsere Zeit". Der Vortragende wies aus dem Inhalt der Prometheussage den Gedanken nach, daß das physische und moralische Elend des Menschheitslebens die naturgemäße Folge der die Menschen beherrschenden selbstsüchtigen Triebe und Begierden, nur durch die in den Menschen mehr und mehr mächtig werdende, die Herrschaft der Gerechtigkeit herbeiführende Vernunft überwunden werden könne. In der Goethe'schen Faust-Dichtung sei der Gedanke der Selbsterlösung vom Uebel, des Sichemporarbeitens zu wahrem menschlichen Lebensglück in Bezug auf das individuelle Menschenleben zur Anschauung gebracht. Nicht in thatenlosem Gedankenleben, nicht im sinnlichen Genußleben, nicht im Besitze von Reichthum, Macht und Ruhm finde Faust Befriedigung und wahres Glück, sondern erst in der Arbeit, mit welcher er dem Wohle der Menschheit dient. Der Vortragende machte dann von seinen interessanten Ausführungen die Nutzanwendung auf die Bestrebungen der arbeitenden Volksklassen in der heutigen Zeit und schloß mit dem Hinweise auf Johann Jacobi's Ausspruch, daß die Gründung des kleinsten Arbeitervereins für die Förderung der Kultur und des Menschheitswohls mehr Werth habe, als große siegreiche Schlachten. Zur Diskussion nahm Herr Richter das Wort, um darauf hinzuweisen, daß der Prometheus-Geist immer noch, auch in der Welt gefesselt sei durch Intoleranz, Selbstsucht, Unwissenheit und Indifferentismus. Wie Aristoteles in seiner Zeit sich die Existenz des Staates ohne die Sklaverei nicht denken konnte, so seien heutzutage die sog. Gebildeten im Allgemeinen nicht im Stande, sich eine staatlich organisirte Gesellschaft ohne die kapitalistische Produktionsweise als möglich denken zu können. Redner schloß mit der Mahnung, daß jeder Arbeiter seine Schuldigkeit thun möge, damit die Gerechtigkeit im Menschenleben vollständig zur Herrschaft gelange. — Darauf folgte eine lange Diskussion in Bezug auf Lohnreduktionen, die in der Weidenschlauch'schen Pianoforte Fabrik stattgefunden haben. Von den Arbeitern der Fabrik waren einige anwesend. Dieselben machten Mittheilungen über die Lohnabzüge. Von anderen Rednern wurde hervorgehoben, daß Herr Weidenschlauch die Praxis übe, zu Weihnachten unter die 10 ältesten Arbeiter 500 Mark als Gratifikation zu vertheilen, um bald nach Weihnachten durch Lohnreduktionen mehr als die 500 Mark wieder zu gewinnen. Es wurden dann zwei Krankenunterstützungsgesuche und das Gesuch eines im vorigen Jahre wegen unkollegialischen Benehmens beim Streik in Dresden ausgeschlossenen Kollegen um Wiederaufnahme in den Verein bewilligt. Schließlich sprach die Versammlung dem Vorstande noch ihre Zustimmung dazu aus, daß derselbe einem Kollegen, der von seinem Arbeitgeber entlassen worden ist, weil er in einem Prozesse als Zeuge zu Ungunsten des Arbeitgebers die Wahrheit gesagt, für eine Woche, in der er ohne Arbeit gewesen, die für gemaßregelte Kollegen festgesetzte Unterstützung gegeben hat.

* **Gauverein Berliner Bildhauer.** Dienstag, den 2. Februar, 1. Delegirten-Versammlung. 2. Verschiedenes.

Rauchklub „Zum Wrangel." Jeden Dienstag Abend 8½ Uhr im Restaurant, Wrangelstr. 32.

* **Arbeiter-Bezirksverein für den Osten Berlins.** Dienstag, den 2. Februar, Abends 8½ Uhr, Versammlung in Keller's Lokal, Andreasstraße 21. Tagesordnung: 1. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Herrn Paul Singer über: „Soziale Reform und das allgemeine gleiche, geheime und direkte Wahlrecht." 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 4. Fragekasten. — Gäste, durch Mitglieder eingeführt, haben Zutritt. Neue Mitglieder werden aufgenommen. — Die neuen Statuten können gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte in Empfang genommen werden. — Billets zu Präuscher's Museum, welche zum Eintritt für den halben Kassenpreis berechtigen, sind in der Versammlung am Kassiertisch zu haben.

* **Oeffentliche Versammlung der Zigarren- und Tabakarbeiter** heute, Dienstag, Abends 8½ Uhr, in Keller's Salon, Andreasstr. 21. Tagesordnung: Vortrag des Reichstagsabgeordneten Herrn Meister.

* **Fachverein der Drechsler,** Knopfarbeiter und verwandten Berufsgenossen. Mitgliederversammlung heute, Abends 8½ Uhr, in Säger's Lokal, Grüner Weg 29. Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Gerisch. 2. Verschiedenes und Fragekasten. Gäste willkommen.

Berliner Turngenossenschaft (6. Lehrlings-Abtheilung), jeden Dienstag und Freitag von 8—10 Uhr Abends in der Turnhalle, Zehdenickerstr. 17.

* **Zentral-Kranken- und Sterbekasse des Deutschen Senefelder Bundes.** Dienstag den 2. Februar, Abends 8 Uhr, Alexanderstr. 33, im Restaurant Weick, Mitglieder- und Verwaltungs-Versammlung.

* **Unterstützungsverein der Vergolder** und Berufsgenossen. Heute, Dienstag, Abends 8½ Uhr, bei Seefeld, Grenadierstr. 33, Versammlung. Da diese Versammlung die letzte vor der Vereinigung mit der „Freien Vereinigung der Vergolder" ist, so ersucht der Vorstand die Mitglieder, sämmtlich zu erscheinen.

Kleine Mittheilungen.

New-York, 29. Januar. (Vierzig Personen verbrannt.) In Jackson (Michigan) ist am letzten Montag das große Armenhaus total niedergebrannt. Da das Feuer rasch um sich griff, war es unmöglich, alle Insassen zu retten. Vierzig Personen, darunter Irrsinnige, Blinde und Taubstumme, fanden den Tod in den Flammen. Mehr als dreißig Bewohner des Hauses, die aus den Fenstern auf die Straße sprangen, haben sich gefährlich verletzt.

Neu-Ruppin, 31. Januar. (Im Schnee geboren.) In einer recht üblen Lage befand sich am Montag Abend in Eibau eine aus Niederkunnersdorf gebürtige arme Frau, welche mit dem Zuge von Oderwitz angekommen war. Sie wurde von einem Uebelbefinden überkommen und mußte sich an ein Haus anlehnen; ein kurz darauf hinzugekommener Nachbar entdeckte, daß die Frau einem Knaben, welcher auf dem Schnee lag und schrie, das Leben gegeben hatte. Trotz der außergewöhnlichen Situation, in welcher sie von dem Ereigniß betroffen wurde, befindet sich die Mutter den Umständen entsprechend wohl und der im Schnee geborene Knabe ist gleichfalls munter.

Briefkasten der Redaktion.

J. K. Skalitzerstr. Wenn Sie den Bericht über eine Versammlung, die am Sonntag vor acht Tagen stattgefunden hat, glücklich am Sonnabend in ziemlich vorgerückter Abendstunde bei uns eintreffen lassen, so halten wir es bei dem außerordentlich wichtigen und interessanten Parlamentsbericht wirklich für keine Todsünde, Ihren Bericht einen Tag später zu veröffentlichen. Wenn Ihnen an der Veröffentlichung Ihres Berichts soviel lag, hätten Sie denselben gewiß zur rechten Zeit fertig stellen können. Im Uebrigen aber bitten wir Sie sehr darum, daß Sie Ihre verletzenden und unpassenden Bemerkungen in Zukunft hübsch für sich behalten mögen.

L. S. Wrangelstr. Sie sind verpflichtet, die Polizei zu nehmen und zu bezahlen.

„Fortschritt." Wir bedauern, Ihnen keine Auskunft ertheilen zu können.

Lierse. Um derartige Sachen kümmern wir uns nicht.

Alter Abonnent. Die Listen der sächsischen Lotterie werden von uns gebracht werden. Die Veröffentlichung eines Kursberichtes der Börse liegt nicht im Interesse unserer Leser.

9. Ziehung d. 4. Klasse 173. Königl. Preuß. Lotterie.

Ziehung vom 1. Februar 1886.

Nur die Gewinne über **210** Mark sind den betreffenden Nummern in Parenthese beigefügt.

(Ohne Gewähr.)

8 62 91 103 [300] 26 268 423 [300] 25 503 77 911 **1035** 70 [3000] 120 25 251 [300] 325 41 403 36 581 603 31 56 59 67 91 [550] 740 868 916 28 **2061** 82 [550] 231 [550] 309 40 41 406 20 52 503 12 626 [300] 719 887 955 [300] 72 [300] 89 **3021** [300] 24 66 192 218 36 52 60 356 [300] 404 6 20 38 531 35 [300] 61 641 709 41 47 878 92 916 22 44 **4078** 139 41 49 [550] 89 230 45 356 [300] 63 452 60 503 7 16 17 96 642 53 66 85 751 812 45 [300] 950 61

5075 86 226 [15 000] 40 42 325 48 80 406 15 51 [300] 90 98 517 42 633 58 73 [550] 92 761 92 878 81 82 908 [300] 68 76 **6054** 120 51 238 73 310 28 [550] 48 65 [3000] 91 92 409 552 612 62 78 703 55 945 **7010** [550] 28 34 [3000] 109 51 82 212 16 332 82 92 458 74 717 64 86 [300] 872 83 [300] 88 [300] 986 **8002** 76 77 151 [1500] 52 56 232 51 91 353 78 424 95 171 711 21 77 804 48 [550] 902 38 62 **9052** 105 202 13 32 386 403 544 [300] 616 [550] 761 808 [15 000] 973

10041 112 13 29 95 236 82 311 43 79 459 70 518 52 607 31 63 [3000] 724 63 74 78 99 813 32 87 99 929 **11009** 12 36 64 90 109 81 265 301 5 49 65 464 75 [300] 544 62 87 671 77 708 58 89 827 [1500] 64 934 69 **12041** 45 76 86 140 [1500] 74 420 [550] 49 76 78 527 49 636 41 [550] 44 [1500] 84 788 823 44 [550] 61 900 13 20 **13028** 52 92 108 27 76 273 99 37 83 606 [1500] 731 53 820 47 [300] 951 **14005** 80 114 234 339 88 90 410 30 56 91 521 [300] 44 94 [300] 613 54 74 85 96 [3000] 756 98 [550] 825 64 65 [300] 914 [300]

15069 94 184 [1500] 95 211 53 63 90 348 59 76 83 [300] 419 67 517 83 622 47 57 [15 000] 709 14 [300] 35 840 70 959 [300] 72 **16048** 121 34 96 242 74 381 [550] 435 [300] 53 74 583 640 719 56 75 866 **17037** 60 174 251 304 5 [300] 13 48 409 [550] 671 751 71 806 64 [1500] 994 **18000** 15 [300] 42 153 67 73 77 317 [550] 29 82 92 96 423 27 63 67 72 572 91 95 690 777 875 954 **19020** 26 33 57 70 151 55 71 219 81 317 32 51 496 [300] 550 [300] 71 75 607 32 53 56 752 867 [1500] 78 79 [300] 88 937 50 60 76 [300] 90

20027 243 75 306 [300] 26 451 73 558 69 [300] 98 [1500] 663 759 90 909 20 **21041** 70 [550] 195 225 341 51 65 428 516 632 60 810 54 56 59 67 [300] 81 916 **22008** 34 40 82 105 38 46 316 503 647 714 [300] 31 48 808 [3000] 910 **23055** 129 203 [300] 309 [3000] 60 63 73 425 [550] 88 74 506 35 83 739 [1500] 72 963 73 **24034** 43 46 90 130 307 44 492 562 85 679 86 [550] 90 727 38 82 953

25025 [3000] 28 88 161 [300] 209 28 34 68 79 316 43 437 508 42 [300] 87 757 803 920 **26003** 101 51 78 [300] 206 10 26 51 84 [300] 316 39 61 402 22 55 90 571 [1500] 682 711 50 936 42 86 **27018** 48 [300] 51 70 87 116 [550] 214 96 344 401 7 32 74 544 68 83 662 [300] 724 [550] 32 37 72 [1500] 88 884 941 45 58 59 63 73 **28015** 38 [1500] 45 [300] 94 99 163 [300] 223 305 31 456 78 [300] 84 [300] 502 71 654 85 702 3 49 833 58 934 **29015** 49 147 88 218 63 67 303 84 99 418 26 75 534 [1500] 65 768 [550] 880 93 978

30007 28 81 [1500] 165 98 201 [300] 76 [300] 78 383 544 54 639 827 [300] 987 **31007** [3000] 80 126 231 [3000] 32 80 [300] 329 464 506 622 43 66 701 27 56 85 98 944 80 **32051** 67 [300] 95 109 75 97 239 68 89 90 355 469 85 534 50 [300] 680 707 [1500] 867 917 28 71 93 **33032** 81 92 70 [300] 164 73 204 75 445 86 608 17 94 747 96 [1500] 836 944 63 99 **34130** [300] 202 [300] 86 [300] 338 [300] 57 442 93 506 [3000] 69 615 [550] 16 64 788 801 17 71 72 [300] 82 [300] 934 42 [300]

35025 59 [1500] 120 47 99 228 37 92 442 77 523 65 66 [550] 67 609 28 34 747 56 833 90 942 55 **36063** [550] 134 91 279 314 400 [300] 77 [550] 98 [1500] 631 [300] 793 937 49 53 **37052** 56 139 63 65 225 32 300 15 440 84 604 18 800 52 71 944 81 [1500] 96 **38034** 96 [300] 133 79 204 332 39 54 98 403 10 [300] 500 38 81 84 622 [550] 52 [550] 751 893 95 901 40 70 **39009** 45 69 113 24 43 [300] 69 204 29 57 71 353 98 406 526 80 618 74 779 808 20 28 52 925 89 [300]

40061 87 99 115 255 61 69 330 39 [550] 400 42 61 90 [300] 530 81 [300] 96 600 19 45 731 64 853 924 47 **41034** 38 81 99 150 256 360 440 59 84 609 41 86 812 69 [300] 919 66 **42082** 116 38 44 53 293 312 42 88 404 15 56 510 16 89 713 34 804 [3000] 23 40 **43074** 124 76 82 96 97 257 93 97 479 600 751 846 87 [300] 907 [550] 25 77 **44030** [300] 32 [300] 39 [1500] 69 84 106 234 83 383 415 23 24 25 61 [300] 580 [300] 611 77 [3000] 757 61 [550] 89 815 912 53

45008 [300] 19 112 95 236 49 53 57 81 306 [1500] 59 [3000] 402 513 [1500] 20 [300] 27 [300] 87 908 19 50 **46021** 99 107 32 61 240 [300] 370 481 70 93 503 616 774 [300] 81 82 92 [550] 815 52 61 914 [550] 18 78 [300] 84 92 **47029** 37 129 38 45 [550] 50 61 71 336 450 75 [300] 501 28 633 47 89 92 94 728 36 806 26 80 939 49 78 93 [300] 94 **48057** 91 118 84 [1500] 236 87 301 90 416 85 502 99 611 22 736 35 36 65 917 21 **49026** 58 [300] 78 80 114 228 34 80 85 [1500] 65 86 98 **438** 607 97 [300] 733 810 20 38 83

50016 46 70 73 126 226 34 50 62 89 300 36 [300] 52 [550] 96 526 [1500] 65 756 69 896 [1500] 965 [1500] 82 83 87 **51063** 97 [550] 115 55 285 375 98 441 508 9 84 [300] 629 65 74 75 [1500] 83 811 14 903 8 51 77 79 [3000] **52038** 47 63 64 [550] 84 226 364 408 73 501 4 28 46 610 [300] 12 59 [300] 718 824 39 941 9 58 91 126 [1500] 311 24 46 425 99 719 34 [3000] 57 [300] 74 90 83 88 97 936 [300] 93 96 **54040** 54 [300] 87 [300] 233 42 314 428 44 54 [300] 511 30 45 60 62 66 79 [3000] 96 653 784 98 970 72

55078 204 62 81 [300] 92 202 51 95 497 613 14 75 96 715 85 821 27 58 64 98 992 **56000** 1 5 [300] 11 55 99 103 5 37 407 30 535 683 [550] 707 54 830 910 61 78 82 **57046** 87 [300] 210 [550] 17 70 [300] 72 82 300 [3000] 99 524 84 [300] 91 620 704 6 10 56 40 43 67 89 804 904 17 24 **58035** 184 40 68 89 211 [300] 83 306 39 457 549 612 25 722 824 92 95 **59131** [550] 35 52 310 34 42 51 401 58 65 [550] 547 [300] 59 665 [550] 702

60090 163 74 239 76 327 [550] 89 462 92 502 607 [15 000] 65 75 [300] 83 92 700 12 18 [300] 24 [300] 821 30 940 55 78 [3000] **61022** 40 79 238 46 59 86 [300] 312 [3000] 65 96 454 612 752 811 39 904 [1500] 16 17 **62216** 300 418 26 539 78 654 98 [300] 701 62 81 802 916 53 [300] **63007** 69 85 134 [1500] 241 71 336 444 45 [300] 74 95 [300] 548 611 [300] 35 [3000] 929 **64011** 34 42 45 58 [300] 62 138 [300] 93 277 323 36 41 75 411 40 511 47 95 [550] 636 91 712 84 [300] 804 37 53 911 **65027** 38 55 134 205 [300] 329 37 [550] 414 84 500 6 635 41 802 49 59 996 **66032** [300] 114 17 [1500] 23 201 52 56 306 411 17 [300] 37 43 501 9 66 628 733 [300] 54 75 805 [550] 92 61 71 110 204 327 400 27 46 68 79 641 714 956 **68050** 82 4 [300] 50 62 313 421 33 [550] 563 709 34 76 99 808 16 912 80 [300] **69138** 65 92 271 [300] 87 95 [300] 364 423 67 538 52 932 [3000] 38 [1500] 58

70002 [550] 13 94 115 16 62 267 80 347 86 96 [550] 439 91 52 72 708 [1500] 75 934 82 96 **71002** 8 15 54 [300] 115 55 449 82 540 653 75 723 44 861 65 **72015** 39 56 118 242 99 500 6 17 27 659 726 [300] 46 842 67 932 **73054** 104 96 221 429 75 567 73 75 [300] 78 96 627 768 810 12 42 80 85 97 808 82 84 **74044** [300] 52 67 88 [550] 285 329 79 84 [300] 522 710 93 94 896 907 95

75007 77 108 [300] 67 99 219 [1500] 95 304 40 84 446 [3000] 78 619 59 98 781 90 816 84 [550] 930 56 71 [3000] **76099** [1500] 140 [550] 62 93 96 538 692 774 90 842 [3000] 45 [300] 75 908 77 27 64 [300] 242 44 57 321 61 94 576 627 715 805 76 968 74 78 93 34 63 120 31 82 83 207 18 87 343 438 47 535 39 60 601 49 743 38 70 947 **79029** 38 125 68 81 281 [300] 318 82 434 823 58 59 [550] 904 98

80009 80 89 123 211 18 [550] 40 301 11 28 453 92 97 511 809 29 98 [550] 919 79 **81032** 66 293 316 38 50 411 21 [300] 565 630 97 725 52 78 87 814 19 [300] 70 **82178** [1500] 301 418 67 512 [550] 16 81 664 721 870 922 **83079** [550] 131 [300] 240 93 337 96 [550] 441 [300] 620 93 722 35 991 [550] **84075** 82 86 360 72 76 80 [3000] 451 53 55 [550] 68 77 551 615 74 826 [3000] 27 82 916 82

85017 [550] 22 [300] 127 [550] 52 [300] 55 95 243 49 72 94 82 91 420 557 69 600 9 34 52 65 98 708 45 46 52 53 817 20 17 63 89 **86007** 103 50 253 67 309 88 464 98 578 88 [1500] 76 754 [300] 75 845 903 37 **87017** 24 26 32 [300] 41 44 135 [550] 70 [3000] 460 [300] 95 548 [550] 71 77 675 722 61 63 68 **88008** 44 67 68 124 217 29 394 422 34 [550] 37 [550] 505 40 [1500] 785 836 935 56 [300] 70 **89063** 96 121 82 [300] 287 34 82 552 [300] 92 96 631 42 [3000] 46 78 [300] 824 42 77 83 **90054** 122 [300] 354 [300] 84 411 569 78 619 47 [300] 31 53 31 [3000] 949 [550] 74 84 **91039** 82 102 73 78 [300] 33 59 74 [550] 78 81 340 60 417 48 68 [300] 82 515 32 [550] 37 84 836 59 98 937 **92007** 24 41 [3000] 78 [1500] 69 83 95 249 47 52 86 87 303 77 86 426 558 71 [3000] 81 86 816 [300] 36 90 [1500] 993 [300] 98 [300] **93111** 18 72 301 27 [300] 39 54 [3 000] 91 405 88 606 21 812 911 **16** 20 35 94081 [300] 61 201 28 82 324 93 [300] 417 49 65 [1500] 606 [550] 9 51 [300] 876 934 70

Theater.

Dienstag, den 2. Februar.

Opernhaus. Der Trompeter von Säkkingen.
Schauspielhaus. Die Verschwörung des Fiesko zu Genua.
Deutsches Theater. Romeo und Julia.
Wallner-Theater. Sammet und Seide, Lustspiel in 4 Akten von Oskar Blumenthal.
Residenz-Theater. Denise, Schauspiel in 4 Akten von A. Dumas (Sohn).
Belle-Alliance-Theater. Orpheus in der Unterwelt.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater. Rafaela.
Walhalla-Theater. Don Cesar, Operette in 3 Akten von O. Walther. Musik von Rudolph Dellinger.
Central-Theater. Der Stabs-Trompeter.
Viktoria-Theater. Däumling.
Ostend-Theater. Das Loos der Armen.
American-Theater. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variete. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Konkordia. Große Spezialitäten-Vorstellung.

Passage 1 Treppe. 9 U. Morg. bis 10 U. Ab.
Kaiser-Panorama.
In dieser Woche: Thüringen. Zum ersten Male: Das südl. Frankreich. Hertha-Reise. Karolinen-Inseln 2c. Eine Reise 20 Pf., Kinder nur 10 Pf. Abonnem.

Eine frdl. Schlafst. mit sep. Eing. f. Herrn zu verm. Waldemarstr. 69, v. III. b. Schulz.

Eine möbl. Schlafst. mit sep. Eing. ist sof. zu verm. Naunynstr. 77, III. b. Thumann. [592

Alhambra-Theater.

Wallnertheaterstraße 15.

Zum 2. Male:

Die Brandstifter.

Schauspiel mit Gesang in 6 Abtheilungen nach dem Französischen des d'Ardenne von H. Sebald.

Vor der Vorstellung:

Gr. Konzert der Hauskapelle.

Anfang des Konzerts Wochentags 7 Uhr, der Vorstellung 7¾ Uhr.
Anfang des Konzerts Sonntags 6 Uhr, der Vorstellung 7½ Uhr.
Bons haben Wochentags Giltigkeit und sind im Theaterbureau (12—1 Uhr) gratis zu haben.

Louisenstädtischer Bezirks-Verein „Vorwärts".

Mittwoch, den 3. Februar, Abends 8½ Uhr,

Vereins-Versammlung

in **Krüger's Salon** (fr. Konrad) Wasserthorstraße 68. Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Prof. Dr. Petri. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes und Fragekasten. — Gäste willkommen. Neue Mitglieder werden aufgenommen. Um zahlreichen Besuch bittet

606 Der Vorstand.

Nr. 25 des

„Wahren Jakob"

ist erschienen und in der Expedition, Zimmerstraße 44, zu haben.

Ein Stand schöne Betten, neu, 22 M., sof. z. verk. Reichenbergerstr. 183 im Kistengeschäft.

Außerordentliche Versammlung des Arbeiter-Bezirks-Verein „Süd-Ost"

am Donnerstag, den 4. Februar, Abends 8½ Uhr präzise,

in der „Urania", Wrangelstraße 9 und 10.

Tagesordnung: Wie stellen sich die Mitglieder des Vereins zu den Kommunalwahlen?
Die Herren Stadtverordneten sind hierdurch eingeladen.
NB.: Der Wichtigkeit der Tagesordnung wegen ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes, dieser Versammlung zu erscheinen. Der Vorstand.

Täglich: Königsberger Fleck, à Portion 25 Pf.

im Restaurant Skalitzerstraße 18 bei Stramm.

Gr. Schneider-Versammlung

am Mittwoch, den 3. Februar, Abends 8½ Uhr, im **Louisenstädt. Konzerthaus,** Alte Jakobstraße 37. Tagesordnung: 1. Die Aufgaben der neugewählten Lohnkommission. 2. Enthüllungen aus dem **Simon Gräh'schen** Geschäft, Gertraudtenstraße, und wie bezahlt Herr Loiffin, Alte Jakobstraße 75, welcher für die Firma Jakob Simon, Oranienstraße, arbeitet, seine Arbeiter. Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Die Lohnkommission des Fachvereins der Schneider. [590

NB.: Zur Deckung der Unkosten wird Entree erhoben.

Warnung!

Unterzeichneter warnt, in der Werkstatt von Anton Schmidt, Andreasstraße 30, in Arbeit zu treten, da die Kollegen wegen einer Lohnherabsetzung von 17 Prozent die Arbeit niedergelegt haben.

594 **Der Vorstand des Fachvereins.**

Arbeitsmarkt

Eine gute Wickelmacherin, über 4000 m. 5, wird sofort verlangt bei **Robert** Brunnenstraße 95.

Tischler-Herberge u. Verkehrslokal sowie Zentral-Arbeitsnachweis des Fachvereins der Tischler Blumenstr. 56.

Arbeits-Vermittelung geschieht unentgeltlich. Adressenausgabe an Wochentagen von 8½—9½ Uhr Abends. Sonntags von 9—11 Vormittags.

Der unentgeltliche Arbeits-Nachweis der

Klavierarbeiter

befindet sich Skalitzerstr. bei Stramm.

Verantwortlicher Redakteur R. Cronheim in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin SW., Beuthstraße 2